Institutionalismus in den Internationalen Beziehungen

Siegfried Schieder

Zusammenfassung

Ziel dieses Beitrags ist es, die Entwicklung des Institutionalismus innerhalb der Internationalen Beziehungen nachzuzeichnen, die theoretischen Spielarten des rationalen, historischen, soziologischen und diskursiven Institutionalismus darzustellen sowie die Rolle von internationalen Institutionen an der empirischen Front mit Blick auf neuere Entwicklungen und Debatten zu illustrieren. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche Bedeutung internationale Institutionen nicht nur für das Fach, sondern auch für die internationalen Beziehungen als Gegenstand der Disziplin haben.

Schlüsselwörter

Internationale Institutionen und Organisationen • Rationaler Institutionalismus • Historischer Institutionalismus • Soziologischer Institutionalismus • Diskursiver Institutionalismus

Inhalt

1 Einleitung 178
2 Begriff und Typen internationaler Institutionen 181
2.1 Enger und weiter Institutionenbegriff 181
2.2 Typen von internationalen Institutionen 182
3 Why Institutions Really Matter. Theoretische Perspektiven des Institutionalismus 185
3.1 Rationaler Institutionalismus: Interessen und Information 186
3.2 Soziologischer Institutionalismus: Soziale Strukturen und Kultur 189
3.3 Historischer Institutionalismus: Pfadabhängigkeit und Nebenfolgen 192
3.4 Diskursiver Institutionalismus: Ideen und Diskurse 195

S. Schieder (✉)
Fachbereich 2/Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt, Darmstadt, Deutschland
E-Mail: schieder@pg.tu-darmstadt.de

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

F. Sauer, C. Masala (Hrsg.), *Handbuch Internationale Beziehungen*, Springer Reference Sozialwissenschaften, DOI 10.1007/978-3-531-19918-4_6

4 Themenfelder und Entwicklungsperspektiven des Institutionalismus 197
4.1 Internationale Institutionen und Normdurchsetzung 198
4.2 Internationale Institutionen und demokratischer Friede 200
4.3 Internationale Institutionen, Orchestrierung und Fragmentierung 201
4.4 Internationale Institutionen, demokratische Legitimation und Politisierung 202
5 Fazit 205
Literatur 206

1 Einleitung

Neben der zunehmenden politischen und ökonomischen Interdependenz und der Verbreitung von Demokratie stellt die starke Expansion internationaler Institutionen ein zentrales Strukturmerkmal der Nachkriegsära dar (Claude 1956).[1] Die Proliferation internationaler zwischenstaatlicher Organisationen mit regionaler und globaler Reichweite (Reinalda 2009), das Wachstum internationaler Verträge zwischen Staaten, die vermehrte Gründung internationaler Gerichte (Bogdandy und Venzke 2014) sowie nicht zuletzt das Aufkommen privater Organisationen, deren Spannbreite von multinationalen Konzernen über Nichtregierungsorganisationen bis hin zu Standardisierungsbehörden reicht (Frantz und Martens 2006), sind Ausdruck einer inzwischen hochgradig institutionalisierten Welt (Dingwerth et al. 2009, S. 13). Einige Autoren schlagen aufgrund des quantitativen wie qualitativen Bedeutungszuwachses internationaler Institutionen und der damit verbundenen Entstehung politischer Autorität auf internationaler Ebene sogar vor, die institutionelle Fragmentierung als zentrales Strukturmerkmal des internationalen Systems aufzufassen (Gehring und Faude 2014; Buzan und Albert 2010). Ob damit die Annahme von der Anarchie des internationalen Systems schon Geschichte ist, mag hier dahingestellt bleiben. Richtig ist jedoch die empirische Beobachtung, dass mehr als je zuvor in der Weltgeschichte internationale Politik in und durch internationale Institutionen gemacht wird (Rittberger et al. 2013).

Obwohl der Auftakt zur Bildung internationaler Institutionen in das 19. Jahrhundert zurückreicht – erwähnt seien hier nur die von den Großmächten dominierten Friedenskongresse nach dem Ende der Napoleonischen Kriege (1796–1815) sowie die internationalen Verwaltungsunionen (Claude 1956, S. 43) –, begann ihr enormer Bedeutungszuwachs insbesondere nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Deshalb gelten internationale Institutionen auch als ein „twentieth century phenomenon“ (Alvarez 2006, S. 324). Zum einen führte die zerstörerische Wirkung der modernen Kriegs- und Gewaltpolitik zur Fortentwicklung des modernen Völkerrechts. Galt im klassischen Völkerrecht noch das Recht der Kriegsführung (*ius ad bellum*), so setzte sich mit dem Völkerbund (1919) ein partielles Kriegsverbot und schließlich mit dem Briand-Kellogg-Pakt (1928) und der Gründung der Vereinten Nationen (VN) 1945 ein allgemeines Gewaltverbot durch. Zum anderen stieg mit der Verregelung und Verrechtlichung der internationalen Beziehungen auch der Bedarf an internationalen

[1]Halima Akhrif, Sebastian Berg, Henning Horn und Corinna Weiler danke ich für die technische Unterstützung bei der Abfassung des Beitrages.

Organisationen (Rittberger et al. 2013, S. 27). So entstanden nach 1945 neben den VN und ihren Sonderorganisationen zahlreiche weitere internationale Organisationen wie z.B. das Nordatlantische Verteidigungsbündnis (NATO), die Weltbankgruppe, verschiedene Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen sowie die heutige Europäische Union (EU).

Mit dem Bedeutungszuwachs internationaler Institutionen – hierunter fallen sowohl formale internationale Organisationen als auch informelle Regel- und Normensysteme sowie routinisierte Praktiken – stieg auch das wissenschaftliche Interesse an ihnen. Die Gründung der Fachzeitschrift *International Organization* im Jahre 1948 ist ein Beleg dafür; sie ist bis heute ein zentraler Ort der akademischen Debatte über Entstehung, Wirkung und Wandel internationaler Institutionen. Dabei hat das Nachdenken über internationale Institutionen eine stolze Tradition.[2] Theoriegeschichtlich geht der Institutionalismus auf Hugo Grotius (1583–1645) zurück, den Mitbegründer des modernen Völkerrechts. Grotius steht einerseits für eine optimistischere Sichtweise von Politik als Thomas Hobbes, für den der Kampf „aller gegen alle“ die Grundkonstante sozialer Beziehungen darstellte. Andererseits steht er aber auch für eine pessimistischere Sichtweise als der Liberalismus in der Tradition Immanuel Kants. Dieser „Mittelweg“ zwischen Optimismus und Pessimismus ist auch für moderne Ansätze des Institutionalismus kennzeichnend, wie sie insbesondere nach 1945 entstanden sind.

Wichtige Etappen der vor allem von US-amerikanischen Theoretikern geprägten Entwicklung des Institutionalismus sind nach dem Zweiten Weltkrieg der (Neo-) Funktionalismus (Mitrany 1943; Haas 1968), die Interdependenzanalyse (Keohane und Nye 1977), die Regimetheorie (Krasner 1983; Keohane 1984) und der neoliberale Institutionalismus (Keohane 1989; Martin 1992; Keohane und Martin 1995).[3] Kaprizierte sich die Forschung in den 1950/60er-Jahren noch auf die neu geschaffenen internationalen Organisationen als „most studiable manifestations of what was ‚new‘ about post-war international relations“ (Martin und Simmons 2013, S. 327), so verschoben sich seit den 1970er-Jahren die Schwerpunkte. Nicht mehr die formalen internationalen Organisationen und ihre Entscheidungsprozesse in-teressierten (Cox und Jacobson 1973), sondern „students of international organization have shifted their focus systematically away from international institutions, towards broader forms of international institutionalized behaviour“ (Kratochwil und Ruggie 1986, S. 753). Dabei ist es der Regimetheorie in den 1980er-Jahren unter Einbeziehung ökonomischer Erkenntnisse (Transaktionskostenökonomie, spieltheoretische Modellierungen) gelungen, die Dominanz des Neorealismus in den Internationalen Beziehungen (IB) zu brechen (Baldwin 1993). Keohane (1984) zeigte, dass Kooperation zwischen egoistischen Akteuren unter den Bedingungen von Anarchie auch

[2]Schon der Attisch-Delische Seebund aus dem 5. Jahrhundert v. Chr. oder die Rolle der italienischen Liga im italienischen Stadtstaatensystem des späteren 15. Jahrhunderts können als Vorformen von internationalen Organisationen angesehen werden.

[3]Seit Ende der 1980er-Jahre leistete insbesondere auch die deutsche Politikwissenschaft einen wichtigen Beitrag zur Erforschung internationaler Regime und Organisationen (Müller 1993; Hasenclever et al. 1997).

dann möglich ist, wenn es keine führende Hegemonialmacht gibt. Während die Existenz der USA als Hegemon die Entstehung der Institutionen des Bretton-Woods-Systems noch erleichterte oder gar erst ermöglichte, konnten diese auch vor dem Hintergrund der zu beobachtenden ökonomischen Abschwächung der hegemonialen Stellung der USA seit den 1970er-Jahren fortbestehen (Sindal 1985).

In den 1990er-Jahren sind die Erkenntnisse der Interdependenz- und Regimeforschung zunehmend in die breitere Debatte um Konzepte der *Global Governance* eingeflossen.[4] Beschränkte sich die Forschung über internationale Regime noch auf die Frage nach den Möglichkeiten und Chancen zwischenstaatlicher Kooperation, greift die *Global Governance*-Forschung weit über die Kooperationstheorie hinaus, indem Steuerungsprobleme jenseits des Nationalstaates diskutiert wurden. Auch kamen transnationale Netzwerke (Slaughter 2004) und öffentlich-private Partnerschaften (Benner et al. 2004) auf die institutionalistische Forschungsagenda, sodass sich auch die Semantik änderte. Statt von internationaler Kooperation wurde nunmehr von globalem Regieren gesprochen (Zürn 1998). Seit den 2000er-Jahren beschäftigt sich die Literatur dann auch vor allem mit der Breite und Tiefe internationaler Zusammenarbeit. Die Analyse von Verrechtlichung (Abbott et al. 2000), Regime- und Institutionenkomplexen (Alter und Meunier 2009), Orchestrierung (Abbott et al. 2014) oder Prozessen der Legitimation (Hurd 1999; Moravcsik 2004; Zürn 2012) und Politisierung internationaler Institutionen (Zürn et al. 2013) sind Beispiele der neuen institutionalistischen Forschungsagenda.

Auch wenn das wissenschaftliche Interesse an internationalen Institutionen nicht immer gleich stark ausgeprägt war – die anfängliche Euphorie in den Nachkriegsjahren erlahmte im Kalten Krieg rasch, während mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und der Intensität von Globalisierung und Europäisierung eine erneute Hinwendung zu internationalen Institutionen und Organisationen zu beobachten ist –, kann sich die Politikwissenschaft bei der Analyse internationaler Institutionen auf unterschiedliche Forschungstraditionen (auch benachbarter Fächer wie der Ökonomie, Soziologie oder Organisationsforschung) stützen. Der Institutionalismus bildet folglich keine kohärente Theorie der IB, sondern er ist vielmehr ein Überbegriff verschiedener theoretischer Perspektiven, die jedoch alle davon ausgehen, dass „Institutionen zählen“ (Keck 1991, S. 637). Darüber hinaus lässt sich der Institutionalismus durch ein Spektrum spezifischer Forschungsfragen von konkurrierenden Theorien (u. a. Realismus, Liberalismus und Konstruktivismus) abgrenzen: Warum entstehen internationale Institutionen und wie lässt sich das spezifische institutionelle Design erklären? Welche Auswirkungen haben internationale Institutionen auf das Verhalten, die Interessen und Identitäten von Akteuren? Wie und unter welchen Bedingungen kommt es zu institutionellem Wandel? Dabei hat sich die Forschung nicht nur mit internationalen Institutionen beschäftigt, sondern immer auch mit deren Entstehungs- und Handlungskontext, der internationalen Ordnung.

[4]Die Literatur zum Thema globales Regieren ist kaum mehr überschaubar. Der Referenzband für den Ausgangspunkt der Debatte ist Czempiel und Rosenau (1992). Für einen Überblick siehe Zürn (2012).

Ziel dieses Beitrags ist es, die Entwicklung des Institutionalismus innerhalb der IB nachzuzeichnen, die unterschiedlichen theoretischen Spielarten darzustellen sowie die Rolle von internationalen Institutionen an der empirischen Front mit Blick auf neuere Entwicklungen und Debatten zu illustrieren. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, welche Bedeutung internationale Institutionen nicht nur für das Fach, sondern auch für die internationalen Beziehungen als Gegenstand der Disziplin haben. Nachfolgend wird zunächst auf den Institutionenbegriff und die Typen internationaler Institutionen eingegangen. Dann werden die theoretischen Entwicklungslinien des neuen Institutionalismus nachgezeichnet. Anschließend werden wichtige Forschungsperspektiven skizziert, welche die gegenwärtige Diskussion über internationale Institutionen bestimmen. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und ein Ausblick gewagt.

2 Begriff und Typen internationaler Institutionen

Obwohl der Begriff „Institution“ eine große Vergangenheit hat (Göhler 1994), fehlt bis heute eine konsensuale Definition von Institutionen. Als kleinster gemeinsamer Nenner können Institutionen im gegenwärtigen Sprachgebrauch verstanden werden als sowohl formale organisatorische Arrangements als auch informelle Muster und Regelsysteme, in die Akteure wie Individuen, Organisationen oder Staaten eingebettet sind und die damit deren Verhalten beeinflussen (Thelen und Steinmo 1992, S. 2; Hall und Taylor 1996, S. 936; Hasse und Krücken 2005, S. 8). Je nachdem, welcher Grad an Autonomie den Institutionen beigemessen wird, lassen sich in der Literatur ein „enger“ (*thin institutions*) und ein „weiter“ (*thick institutions*) Institutionenbegriff unterscheiden (Checkel 1999; Keohane 1988, S. 382–386).

2.1 Enger und weiter Institutionenbegriff

Ausgehend von einem „engen“ oder „dünnen“ Institutionenverständnis definiert Keohane (1989, S. 3) als zentraler Vertreter des neoliberalen bzw. rationalen Institutionalismus[5] internationale Institutionen als „persistent and connected sets of rules (formal and informal) that prescribe behavioral roles, constrain activity, and shape expectations“. Internationale Institutionen begründen demnach „in sich wiederholenden Situationen auf Normen und Regeln basierende Verhaltensmuster von sozialen Akteuren“ (Zangl und Zürn 2003, S. 88). Institutionen werden als das Ergebnis der Handlungen interessengeleiteter sozialer Akteure verstanden (in der Regel die souveränen Staaten, wobei sich die Politikwissenschaft auch nicht-staatlichen Akteuren zugewandt hat). Staaten greifen in einem funktionalen Sinne auf internationale Institutionen zurück, da sie den Austausch von Informationen vereinfachen

[5]Die rationale Institutionentheorie verwendet einen schwachen Rationalitätsbegriff, der die Möglichkeit von „begrenzter Rationalität“ im Sinne Herbert A. Simons offenhält (Keck 1991).

und Regeln bereitstellen. Auf diese Weise wird staatliches Verhalten berechenbar und Kooperation begünstigt. Institutionen stabilisieren damit nicht nur die Verhaltenserwartungen der Akteure, sondern sie tragen auch zur Reduktion der Transaktionskosten bei (Keohane 1984, S. 97). Die Akteure, ihre grundlegenden Ziele und Orientierungen werden dabei vorausgesetzt; sie werden nicht durch Institutionen geschaffen oder maßgeblich beeinflusst. Akteure werden also in vielfältiger Hinsicht den Institutionen vorangestellt.

Davon ist ein „weites" oder „dickes" Institutionenverständnis zu unterscheiden. Institutionen wirken auf Akteure nicht nur ein, indem sie Anreize und Grenzen für rationales Handeln setzen, sondern auch, indem sie ihre grundlegenden Ziele und Werte beeinflussen. Kardinal ist dabei die Unterscheidung zwischen regulativen und konstitutiven Institutionen (Kratochwil 1989). Während bei der engen Definition die Interessen und Identitäten der Akteure außen vor bleiben, mithin Normen und Regeln nur eine regulierende Wirkung entfalten, geht eine weite Definition von Institutionen davon aus, dass diese auch eine konstitutive Wirkung auf die Interessen und sozialen Identitäten von Akteuren haben. Risse (2002, S. 604) definiert internationale Institutionen als „relatively stable collections of communicative practices and rules defining appropriate behavior for specific groups of actors in specific situations of international life, while leaving the question of rule consistent behavior outside the definition". Institutionen in diesem weiten Sinne weisen sowohl eine kognitive als auch handlungsleitende Dimension auf (Ulbert 1997, S. 16). Die Normen und Regeln, die in Institutionen festgeschrieben sind, basieren auf Ideen, die sich in Institutionen verfestigt haben. Dadurch verbinden Institutionen das Individuum mit der Gesellschaft, indem sie Rollen festlegen, Funktionen definieren oder kollektive Wissensvorräte bereithalten und so den Rahmen dafür bieten, politischen Handlungen Bedeutung und Legitimität zu verleihen.

2.2 Typen von internationalen Institutionen

Neben der Unterscheidung zwischen einem „engen" und „weiten" Institutionenverständnis lassen sich unterschiedliche Typen von internationalen Institutionen differenzieren. Keohane (1989) hat kanonisch zwischen Konventionen, internationalen Regimen und internationalen Organisationen unterschieden. Zangl und Zürn (2003, S. 88–90) knüpfen daran an und unterscheiden vier Typen von internationalen Institutionen: internationale Ordnungsprinzipien, internationale Netzwerke, internationale Regime und internationale Organisationen.

(1) *Internationale Ordnungsprinzipien* oder Konventionen stellen gewissermaßen die basale Stufe im Institutionalisierungsprozess dar. Sie werden deshalb als Institutionen begriffen, weil sie die fundamentalen Normen, durch welche die internationale Politik letztlich strukturiert wird, beinhalten. Konventionen sind weder auf spezifische Politikfelder rückführbar, noch wird mit ihnen eine rechtliche Akteursqualität begründet. Vielmehr wird durch diese konstitutiven Prinzipien oder allgemeinen Praktiken die internationale Ordnung erst verfasst und

begründet. Wichtige internationale Ordnungsprinzipien sind staatliche Souveränität oder das Prinzip der Vertragstreue im Völkergewohnheitsrecht (*pacta sunt servanda*). Als Beispiel eines Ordnungsprinzips auf der transnationalen Ebene führen Zangl und Zürn (2003, S. 90) die Toleranz zwischen den Kulturen an.

(2) *Internationale Netzwerke* haben mit internationalen Regimen gemein, dass sie auf Normen und Regeln beruhen, ohne gleichzeitig über rechtliche Akteursqualität zu verfügen. In der Lesart von Zangl und Zürn (2003, S. 98) verfügen internationale Netzwerke im Unterschied zu internationalen Regimen über keine inhaltlichen oder substantiellen Vorgaben, sondern nur über prozedurale Normen und Regeln. Der in den 1970er-Jahren erstmals auf zwischenstaatlicher Ebene einberufene Weltwirtschaftsgipfel (heute G8 bzw. G20) zur Koordination von Problemen der ökonomischen Interdependenz ist dafür ein anschauliches Beispiel. Die beteiligten Staaten werden bei dieser Form der Gipfeldiplomatie nicht auf eine bestimmte Form der Wirtschaftspolitik festgelegt, sondern sie verpflichten sich lediglich, sich in wichtigen makroökonomischen Fragen auszutauschen. Auf gesellschaftlicher Ebene kann das jährliche, im schweizerischen Davos stattfindende Weltwirtschaftsforum als spezifisches Netzwerk verstanden werden.

(3) *Internationale Regime* zeichnen sich durch inhaltliche und prozedurale Normen aus, die das Verhalten der Staaten in einem spezifischen Problemfeld steuern.[6] Regime sind Institutionen mit explizitem Problemfeldbezug. Von internationalen Organisationen unterscheiden sich internationale Regime zum einen darin, dass sie nicht zum Handeln befähigt sind, d. h. sie besitzen keine eigene Akteursqualität (etwa die Regime zum Schutz der Antarktis, des Klimas oder der Wale). Gleichzeitig können sich internationale Regime auch zu Organisationen fortentwickeln, wie die Schaffung der Welthandelsorganisation (WTO) 1994 auf der Grundlage des 1947 geschaffenen Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) zeigt. Auch die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) wurde 1995 von den Mitgliedstaaten in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verstetigt. Die Bekämpfung des Dopings durch das Internationale Olympische Komitee (IOC) ist ein Beispiel für transnationale Regime (Zangl und Zürn 2003, S. 88).

(4) *Internationale Organisationen* stellen die höchste Stufe im internationalen Institutionalisierungsprozess dar (Schieder 2013, S. 441–444). Sie zeichnen sich dadurch aus, dass in ihnen Normen und Regeln verankert sind, welche die Institutionen dazu befähigen zu regulieren und zu steuern. Im Gegensatz zu internationalen Regimen verfügen internationale Organisationen über rechtliche Akteursqualität, die auch durch eine eigene Bürokratie sichtbar wird. Dabei

[6]Krasner (1983, S. 2) definiert Regime „as a set of implicit principles, norms, and decision-making procedures around which actors' expectations converge in a given area of international relations. Principles are beliefs of fact, causation, and rectitude. Norms are standards of behavior defined in terms of rights and obligations. Rules are specific prescriptions or proscriptions for action. Decision-making procedures are prevailing practices for making and implementing collective choice".

orientiert man sich definitorisch vor allem an den gemeinsamen Merkmalen der prototypischen internationalen Organisationen (Völkerbund und VN). Demnach kann eine internationale Organisation verstanden werden als ein „auf völkerrechtlichem Vertrag beruhender mitgliedschaftlich strukturierter Zusammenschluss von mindestens zwei oder mehreren Völkerrechtsubjekten (meist Staaten), der mit eigenen Organen Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse besorgt“ (Klein und Schmahl 2009, S. 275). Staatliche Zusammenschlüsse werden häufig in Verbindung mit spezifischen internationalen Regimen gegründet, können aber aufgrund ihrer Akteursqualität auch aktiv an der Schaffung und der Implementierung der Normen und Regeln internationaler Regime beteiligt sein, wie das Beispiel der EU zeigt (Gehring 2002). Während internationale Regime politikfeldspezifisch organisiert sind, können internationale Organisationen sich sowohl auf ein Problemfeld konzentrieren (Internationale Atomenergie-Organisation, IAEO) als auch mehrere Problemfelder umfassen (NATO, EU).

Jenseits der Definition von internationalen Organisationen als spezieller Typ von internationalen Institutionen ist es in der Politikwissenschaft gängig, zwischen internationalen Regierungsorganisationen (*Intergovernmental Organizations*) und internationalen Nichtregierungsorganisationen (*International Nongovernmental Organizations*) zu unterscheiden.[7] Gab es zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch mehr Staaten (44) als internationale Organisationen (43), so ging die Schere seitdem rapide auseinander, wobei insbesondere nach 1945 die Zahl der internationalen Organisationen drastisch anstieg. Die Zahl an Nichtregierungsorganisationen ist sogar exponentiell angestiegen (Tab. 1).

Neben der kategorialen Unterscheidung zwischen internationalen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen lassen sich internationale Organisationen hinsichtlich ihrer Mitgliedschaft (universell/partikular), ihres Aufgabenbereichs (umfassend/problemfeldspezifisch), ihrer Entscheidungsmacht (dezentral-intergouvernemental/zentral-supranational) und ihrer Funktion (norm- und regelsetzend/norm- und regelimplementierend) typologisieren (Rittberger et al. 2013, S. 24). Zum einen sind internationale Organisationen regionalen Zuschnitts wie die heutige EU oder die Afrikanische Union (AU) entstanden, die der allgemeinen politischen Zusammenarbeit dienen. Zum anderen lassen sich aber auch internationale Organisationen universellen Zuschnitts unterscheiden, die einen begrenzten funktionalen Zweck verfolgen wie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) oder die Welter-

[7]Auch wenn diese Unterscheidung längst Einzug in die Alltagssprache gefunden hat, hält sie historischen Untersuchungen kaum stand (Herren 2009, S. 7). Einerseits gab es im 19. Jahrhundert nur wenige internationale Regierungsorganisationen, die auf einem staatlichen Abkommen und Vertrag basierten. Andererseits sind Akronyme wie QUINGO (*Quasi Intergovernmental Organization*), QUANGO (*Quasi Nongovernmental Organization*), BINGO (*Business International Nongovernmental Organization*) oder GPPN (*Global Public Policy Network*) ein Beleg für die Brüchigkeit der künstlichen Trennung zwischen staatlichen und privaten internationalen Organisationen.

Tab. 1 Entwicklung der Anzahl der Staaten, IGOs und INGOs von 1815–2005

	1815	*1825*	*1835*	*1845*	*1855*	*1865*	*1875*	*1885*	*1895*	*1905*
Staaten	23	23	28	35	41	39	32	35	38	44
IGOs	1	1	2	2	3	6	9	17	23	43
INGOs	–	–	*1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	**176
	1915	*1925*	*1935*	*1945*	*1955*	*1965*	*1975*	*1985*	*1995*	*2005*
Staaten	44	63	66	64	84	122	151	161	187	192
IGOs	51	83	86	120	167	179	252	378	266	246
INGOs	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	997	1470	2502	4676	5121	7306

Quelle: Zeitraum 1815-1955 (Wallace and Singer 1970); Yearbook of International Organizations (diverse Jahrgänge). Abkürzungen: IGO (Internationale Regierungsorganisation), INGO (Internationale Nichtregierungsorganisation). Legende: *Anti-Sklaverei-Gesellschaft als erster Vorläufer der INGOs wurde 1839 geschaffen; **Zahl bezieht sich auf das Jahr 1909, eigene Darstellung

Tab. 2 Typen von internationalen Organisationen nach Zuständigkeit/Mitgliedschaft

	Regionale Mitgliedschaft	Universelle Mitgliedschaft
Spezifische Zuständigkeit	NATO, OPEC	ILO, FAO
Allgemeine Zuständigkeit	EU, AU	VN

Eigene Darstellung

nährungsorganisation (FAO). Funktional begrenzte Formen der Zusammenarbeit, die entweder primär wirtschaftlichen (wie die Organisation erdölexportierender Länder, OPEC) oder sicherheitsbezogenen Zwecken (NATO) dienen, lassen sich aber auch auf regionaler Ebene beobachten. Die VN sind hingegen der Prototyp einer umfassenden internationalen Organisation mit universeller Mitgliedschaft. Mit ihr hat sich die Idee einer die ganze Erde umfassenden organisierten internationalen Staatengemeinschaft durchgesetzt (Tab. 2).

3 Why Institutions Really Matter. Theoretische Perspektiven des Institutionalismus

In diesem Abschnitt werden die wesentlichen theoretischen Entwicklungslinien des neuen Institutionalismus nachgezeichnet. Dabei wird auf eine Unterteilung zurückgegriffen, die sich inzwischen in der neueren institutionalistischen Literatur durchgesetzt hat, nämlich in den rationalen, historischen, soziologischen und diskursiven Institutionalismus (Hall und Taylor 1996; Schmidt 2003, 2008, 2013). Der Schwerpunkt wird allerdings auf der rationalen Variante des Institutionalismus liegen. Der rationale Institutionalismus hat zum einen die Debatte mit internationalen Institutionen maßgeblich beherrscht und den „institutionalist turn“ ausgelöst (Aspinwall und Schneider 2000). Zum anderen dient er bis heute als Referenzgröße für den historischen, soziologischen und diskursiven Institutionalismus.

3.1 Rationaler Institutionalismus: Interessen und Information

Lange ging die Forschung davon aus, dass „international institutions are essentially arenas for acting out power relationships“ (Mearsheimer 1995, S. 13). In einem durch Anarchie geprägten internationalen System sind internationale Institutionen eine zu vernachlässigende Größe, zumal Staaten stets danach trachten müssen, ihr Überleben zu sichern (Waltz 1979, S. 93). Folglich werden sie keine festen und dauerhaften institutionellen Bindungen mit anderen Staaten eingehen. Rätselhaft bleibt jedoch, warum Staaten überhaupt Zeit und Ressourcen für das Handeln in und durch internationale Institutionen aufwenden. Rationalistische Institutionalisten haben deshalb dem neorealistischen Blick auf internationale Institutionen als machtpolitische Arenen ein optimistischeres Bild entgegengestellt, indem sie internationale Institutionen als ein Instrument von Staaten zur kollektiven Bearbeitung und Lösung grenzüberschreitender Probleme begreifen (Keohane und Martin 1995).

Der rationale Institutionalismus (RI) geht von der Grundfrage aus, wie und unter welchen Bedingungen institutionelle Kooperation zwischen Akteuren (zumeist Staaten) entstehen kann, die zuvorderst ihren eigenen Nutzen und ihre egoistischen Ziele realisieren wollen, ohne jedoch einer übergeordneten Regelungs- und Ordnungsinstanz unterworfen zu sein. Damit teilt der RI eine Reihe wichtiger Grundannahmen des Neorealismus. Staaten handeln rational im Sinne von „self-interested, goal-seeking actors whose behavior can be accounted for in terms of the maximization of individual utility“ (Hasenclever et al. 1997, S. 23). Sie bewegen sich in einem System der internationalen Anarchie, in dem sie sich in Ermangelung einer überstaatlichen Ordnungsinstanz nur auf sich selbst verlassen können („self-help“). Zu den gemeinsamen Grundannahmen zählt darüber hinaus, dass Staaten als die Grundeinheiten der internationalen Beziehungen betrachtet werden. Internationale Institutionen spiegeln den Willen ihrer Mitgliedstaaten wider, die sich ihrer auf instrumentelle Weise bedienen, um die jeweils eigenen Präferenzen und Ziele zu realisieren. Sowohl der Neorealismus als auch der RI betrachten die staatlichen Interessen dabei als „exogen“, was soviel heißt, wie „von außen gegeben“, weshalb die Entstehung und der Wandel der Interessen nicht selbst zum Gegenstand der Analyse erhoben werden. Während Neorealisten davon ausgehen, dass Staaten entweder nach Sicherheit oder Macht streben, hebt der RI neben dem Sicherheitsmotiv auch das Motiv der Einflussnahme (verstanden im Sinne von gegenseitiger Kontrolle und Einbindung) und der ökonomischen Wohlfahrt hervor.[8]

Trotz der großen theoretischen Überlappungen kommen Neorealisten und rationale Institutionalisten zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen in Bezug auf zwischenstaatliche Kooperation. Der Neorealismus beurteilt generell die Möglichkeit

[8]Aus dieser Unterscheidung ist ein beachtliches Missverständnis erwachsen, wonach Neorealisten primär Konflikt und Kooperation im sensiblen Bereich der Sicherheitspolitik zu erklären versuchen, während Institutionalisten sich auf die internationale Wirtschafts- oder Umweltpolitik beschränken. Dass diese pauschale Gegenüberstellung nicht haltbar ist, haben institutionalistische Studien über die Entwicklung der europäischen Sicherheitspolitik nach 1989 gezeigt (Haftendorn et al. 1999; Wallander 2000).

institutionalisierter Zusammenarbeit deutlich pessimistischer als der RI (Baldwin 1993). Weil Staaten stets die Machtverteilung zwischen sich und den anderen Staaten im Auge behalten müssen, um Machtungleichgewichte zu verhindern, ist langfristige Kooperation oder ganz generell die Möglichkeit des gemeinsamen Gewinnstrebens unwahrscheinlich. Einerseits besteht eine grundsätzliche Misstrauenshaltung gegenüber zwischenstaatlicher Kooperation, weil sich Kooperationsgewinne immer auch in militärische Fähigkeiten ummünzen lassen. Andererseits ergibt sich – unabhängig davon, ob Staaten durch Kooperation absolut oder relativ gewinnen – das Problem der Gewinnverteilung. Denn die Partner oder Freunde von heute könnten schon morgen Feinde sein (Grieco 1988, S. 47). Die unterschiedliche Einschätzung internationaler Kooperation lässt sich darauf zurückführen, dass der RI neben den Gemeinsamkeiten von zwei weiteren Grundannahmen über die „Natur" des internationalen Systems und über die Wirkungsweise internationaler Institutionen ausgeht, die von Neorealisten entweder nicht geteilt oder deutlich geringer gewichtet werden.

Rationale Institutionalisten betonen erstens die Bedeutung von Interdependenz in den internationalen Beziehungen, die Kosten verursacht. So sind Staaten bei der Realisierung von Sicherheit und Wohlfahrt vom Verhalten anderer Akteure abhängig (Keohane und Nye 1977, 2001). Dadurch entstehen Handlungsdilemmata, bei denen die rationale Zielverfolgung der einzelnen Akteure eine Realisierung des maximal möglichen gemeinsamen Nutzens aller Akteure verhindert. Ein besonders plausibles Beispiel dafür ist die „Tragödie der Gemeinschaftsgüter" (Hardin 1968). Hier führt die exzessive Nutzung einer gemeinsamen, aber begrenzten Ressource zum Wohlstandsverfall aller Beteiligten. Dieses Dilemma liegt etwa der Überfischungsproblematik der Weltmeere zugrunde. Aber auch das Klima oder die Finanzstabilität sind globale Gärten der Gemeingüter (Ostrom 1990; Morisse-Schilbach und Halfmann 2012). Andere typische internationale Handlungsdilemmata lassen sich spieltheoretisch als Kollaborations- oder Koordinationssituation modellieren (Zürn 1992). Das Gefangenendilemma ist das am häufigsten angeführte Beispiel für eine Kollaborationssituation,[9] in der individuelle und kollektive Rationalität auseinanderfallen, da die beteiligten Akteure einen starken Anreiz haben, sich nicht an die gemeinsame Absprache zu halten. Beim Gefangenendilemma besteht dieser Anreiz in der Aussicht auf völlige Straffreiheit. Ist die Durchsetzung und Einhaltung getroffener

[9]Es handelt sich dabei um die idealtypische Situation zweier Bankräuber, die nach verübter Tat auf Verdacht der Polizei hin festgenommen wurden. Diese kann den beiden jedoch unmittelbar nur den unerlaubten Besitz von Schusswaffen nachweisen. Die Beamten unterbreiten deshalb den beiden Räubern jeweils getrennt in ihren Zellen ein unmoralisches Angebot. Verraten sie ihren Komplizen, wird ihnen Straffreiheit in Aussicht gestellt. Beide Gefangenen wissen von dem Angebot und sie haben möglicherweise sogar die Möglichkeit, durch Vermittlung des korrupten Gefängniswärters ein Abkommen darüber zu treffen, wie sie sich nun verhalten wollen. Aufgrund der langen Haftstrafen für Bankräuber gibt es jedoch für keinen der beiden eine Aussicht darauf, sich in absehbarer Zeit beim jeweils anderen im Falle des Verrats zu „revanchieren". Spieltheoretisch ist das Ergebnis damit vorprogrammiert. Ganz im Sinne der Polizei werden sich die Bankräuber gegenseitig beschuldigen und wandern beide wegen Bankraubs ins Gefängnis. Hätten beide hingegen geschwiegen, wären sie „nur" wegen unerlaubten Waffenbesitzes verurteilt worden.

Vereinbarungen in der Kollaborationssituation das zentrale Problem, so kann die Frage nach der Gewinn- oder Kostenverteilung das Zustandekommen einer Vereinbarung überhaupt erst verhindern. Ist diese jedoch erst einmal getroffen, so besteht für keinen der Beteiligten ein Anreiz, dieses Abkommen nicht zu honorieren. In einem solchen Fall spricht man von einer Koordinationssituation.[10]

Der zweite wesentliche Unterschied zwischen Neorealismus und RI betrifft die Bedeutung des Informationsfaktors im politischen Prozess. Rationale Institutionalisten betrachten die Generierung und Verteilung von Informationen über das Verhalten und die Interessen der anderen Staaten als zentralen Wirkungsmechanismus von internationalen Institutionen. Anders als im Neorealismus wird im RI der Informationsfaktor nicht als eine konstante Größe betrachtet, sondern als eine Variable staatlichen Verhaltens (Keohane und Martin 2003, S. 73). Darin liegt der eigentliche Schlüssel für die Beantwortung der Frage, warum Staaten durch internationale Institutionen handeln (Abbott und Snidal 1998). Diese erlauben es den Akteuren, bindende Abkommen zu treffen und zu implementieren. Außerdem reduzieren sie die Transaktionskosten und erleichtern die Durchsetzung der einmal geschlossenen Abkommen, indem sie als neutrale Instanzen die Norm- und Regelbeachtung der Beteiligten verifizieren und im Falle von Regelverstößen Sanktionen selbst durchführen oder mandatieren können (Keohane 1989).[11] Daraus ergibt sich auch, dass internationale Institutionen nicht bloß Nebenprodukte zugrunde liegender Macht- und Interessenstrukturen der Staaten sind, wie dies insbesondere die Vertreter des Neorealismus unterstellen, sondern eine eigenständige Wirkung auf staatliches Verhalten haben (Keohane und Martin 2003, S. 105).

Aus der Analyse der im Einzelfall vorliegenden Handlungsdilemmata und Informationsasymmetrien leitet der RI auch Empfehlungen für die „institutionelle Wahl“ (Jupille et al. 2013) bzw. das Design von internationalen Institutionen ab, welches am besten geeignet erscheint, die Kooperationshindernisse aus dem Weg zu räumen (Koremenos et al. 2001; Sprinz 2003; Jetschke und Lenz 2011. So setzt Zusammenarbeit in einer Kollaborationssituation in der Regel internationale Institutionen mit zentralen Sanktionsmechanismen voraus (schließlich besteht hier ein hoher Anreiz des „Verrats“ an dem geschlossenen Abkommen), während bei Vorliegen eines

[10]Ein Beispiel ist die Festlegung gemeinsamer technischer Standards im Fernmeldewesen. So kann die Festlegung auf einen Standard jene Länder bevorzugen, die diesen bereits in der Vergangenheit genutzt haben. In diesem Falle wären Kompensationsleistungen denkbar. Haben sich die Staaten jedoch einmal auf einen technischen Standard geeinigt, so besteht kein Anreiz mehr für eine einseitige Aufkündigung der Vereinbarung.

[11]Im Beispiel der technischen Standards für Fernmeldewesen würde die Institution beispielsweise die einheitliche Einführung und Anwendung des vereinbarten Standards überwachen und den Mitgliedern ggf. technische und finanzielle Hilfe anbieten. Im Beispiel des Gefangenendilemmas müsste man schon mehr Phantasie aufbringen. Denkbar wäre die Gründung einer Art „Berufsgenossenschaft“ potentieller Bankräuber, welche darüber wacht, dass sich Kollegen im Gefängnis nicht gegenseitig „verpfeifen“. Die Institution wäre dafür zuständig, Informationen über das Verhalten ihrer Mitglieder im Gefängnis zu sammeln und ggf. Sanktionen gegen jene Bankräuber zu verhängen, die sich ihre Freiheit durch Verrat erkauft haben. Dass dies keine rein theoretische Überlegung ist, zeigen kriminelle Organisationen wie die Mafia.

Verteilungsproblems (Koordinationssituation) möglicherweise sogar ganz auf Sanktionsmechanismen verzichtet werden kann (Martin 1992). Weitere Aspekte des institutionellen Designs betreffen beispielsweise den Umfang der Mitgliedschaft der jeweiligen internationalen Institution (exklusiv oder inklusiv), den Umfang des bearbeiteten Themenspektrums (spezialisiert wie bei internationalen Regimen oder umfassend wie beispielsweise bei den Vereinten Nationen) sowie die Abstimmungsregeln (Einstimmigkeit oder qualifizierte Mehrheit) innerhalb der Institution (Koremenos et al. 2001, S. 761).

3.2 Soziologischer Institutionalismus: Soziale Strukturen und Kultur

Den Gegenpol zum RI markiert der soziologische Institutionalismus (SI).[12] Angestoßen durch Erkenntnisse aus der US-amerikanischen Organisationsforschung wurde in den späten 1980er-Jahre insbesondere von March und Olsen (1989, 1998) ein neues institutionalistisches Verständnis von Politik eingefordert. Im Unterschied zum RI ist der SI strukturlastig angelegt und damit einem methodologischen Holismus verpflichtet. „Sociology's institutionalism is thus radically different from rational institutionalism in IR in that it falls on the structural or holistic side of the agent-structures debate. Analytically, social structures are ontologically prior to and generative of agents. It creates actors; it is not created by them" (Finnemore 1996b, S. 333). Dabei sind die Strategien, Interessen und Präferenzen von Akteuren in einem sehr umfassenden Sinne kulturell eingebettet in soziale Strukturen. Institutionen bestehen nicht nur aus geronnenen Ideen, die über Sozialisationsvorgänge zu Verhaltensänderungen der Akteure führen, sondern sie sind das endogene Produkt eines aus Tradition, Sitten und Praktiken geprägten Umfeldes, das kulturell bestimmt ist (Hall und Taylor 1996, S. 14; grundlegend bereits Douglas 1986). Deshalb handeln Akteure im SI auch nicht nach der (ökonomischen) Logik des Konsequentialismus, sondern gemäß einer (sozialen) Angemessenheitslogik.[13]

Die soziologische Perspektive auf internationale Institutionen entstand primär in Reaktion auf die Dominanz der Regimetheorie. Kritisiert wurde, dass über Institutionen als System von Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren nicht sinnvoll gesprochen werden kann, ohne gleichzeitig auf die intersubjektiv geteilten Bedeutungsinhalte und Handlungsorientierungen Bezug zu nehmen (Kratochwil und Ruggie 1986). Aus der Perspektive einer interpretativen Epistemologie setzen sich internationale Institutionen nicht nur aus formellen und informellen

[12]In der Literatur findet sich auch die Bezeichnung „reflexiver Institutionalismus" (Keohane 1988, S. 379).

[13]Die Handlungslogik der Angemessenheit besagt, dass „behaviors (beliefs as well as action) are intentional but not willfull. They involve fulfilling the obligations of a role in a situation, and so of trying to determine the imperatives of holding a position. Within a logic of appropriateness, a same person is one who is ‚in touch with identity' in the sense of maintaining consistency between behavior and a conception of self in a social role" (March and Olsen 1989, S. 160).

Normen zusammen, sondern sie sind immer auch das Ergebnis kollektiv geteilter Interpretationen dieser Regelsysteme.[14] Der SI weist einerseits Bezüge zur *English School* und dem Konzept der internationalen Gesellschaft auf (Bull 1977; Reus-Smit 1999),[15] andererseits decken sich die Annahmen des SI weitgehend mit denen des Sozialkonstruktivismus (Risse 2003, S.107–110). Allerdings bietet der SI „a much richer and more detailed theoretical framework than [...] constructivism. Sociologists specify the substantive content of social structure. They do more than simply argue that social structures matter; they tell us what the social structure *is*" (Finnemore 1996b, S. 327, Hervorhebung im Original). Obwohl beide einer „kulturellen Perspektive" verpflichtet sind, geht der SI auf der Handlungsebene nicht von einem akteursbezogenen Kulturbegriff aus. Vielmehr legt der SI ein kollektives Kulturverständnis zugrunde (Jepperson 1991; Katzenstein 1996).

Die ersten wichtigen Studien des SI stammen aus den späten 1990er-Jahren. So konnte gezeigt werden, wie es transnational operierenden Norm- oder Wissensunternehmern gelingt, etwa beim Schutz der Ozonschicht oder beim Verbot der Landminen neue normative Ideen auf die internationale Agenda zu bringen (Finnemore und Sikkink 1998; Keck und Sikkink 1998; Adler und Haas 1992). Haben sich neue Normen in einer maßgeblichen Zahl von internationalen Organisationen oder Ländern einmal durchgesetzt, kommt es zu dem, was Finnemore und Sikkink (1998, S. 895) eine „Normkaskade" nennen: Je mehr Staaten neue internationale Normen akzeptieren, desto stärker wird die Akzeptanz der Norm. Das Einhalten von Normen gehört nun zum guten Ton in der internationalen Staatengemeinschaft (Johnston 2001). Anderen Studien zufolge sind die Chancen für die Durchsetzung von Menschenrechtsnormen immer dann gut, wenn transnationalen Nichtregierungsorganisationen die Mobilisierung von internationalen Organisationen gelingt und es zu einer dauerhaften Verbindung zur Opposition im Zielstaat kommt (Risse et al. 1999; Liese 2006). Klotz (1995) wiederum nahm die VN-Sanktionen gegen das Apartheid-Regime in Südafrika zum Anlass, um darzulegen, dass sich eine große Zahl von Staaten und internationalen Organisationen entgegen ihren Interessen an diesen beteiligten. Sozialisierungs- und Lerneffekte durch internationale Organisationen konnten auch bei der Osterweiterung der NATO und EU beobachtet werden (Gheciu 2005; Kelley 2004).[16]

[14]So hat Ruggie (1982) gezeigt, dass die Weltwirtschaftsordnung nach 1945 nicht nur das Machtverhältnis und die Interessen der Staaten abgebildet hat, sondern auch die sozialen Normen und ökonomischen Ideen, wie sie in den westlichen Industriestaaten marktwirtschaftlicher Prägung entstanden sind. Als intersubjektiver Bedeutungsgehalt ist der *embedded liberalism* den nach 1945 gegründeten Institutionen des Bretton-Woods-Systems inhärent.

[15]Neben fundamentalen Institutionen wie Multilateralismus oder Diplomatie werden auch konstitutionelle Praktiken wie Souveränität oder das Gleichgewicht der Mächte als Institutionen bezeichnet. Im Mittelpunkt stehen damit vor allem Makro-Institutionen und weniger formale internationale Organisationen.

[16]Einen wichtigen Beitrag des Brückenschlages zwischen einem rationalen und soziologischen Institutionalismus hat Schimmelfennig (2003) mit seinen Studien zur EU- und NATO-Osterweiterung geleistet. Zur internationalen Sozialisationsforschung siehe Checkel (2007).

Internationale Organisationen können Staaten aber auch „lehren“, was sie wollen, wie Finnemore (1996a) nachgewiesen hat. So hat erst die Weltkulturorganisation der Vereinten Nationen (UNESCO) dazu geführt, dass sich in unterschiedlichen Staaten strukturell ähnlich leistungsfähige Bildungs- und Wissenschaftsbürokratien etablieren konnten. Ebenso sind erst mit den Genfer Konventionen von 1864 und dem Internationalen Roten Kreuz Rechtsnormen zur Regulierung und Mäßigung der Kriegführung entstanden. Und auch die Förderung der Entwicklungsländer ist nicht von diesen selbst ausgegangen, sondern von den VN und der Weltbank. Indem Finnemore (1996a, S. 122) zeigen konnte, dass sich ein aus westlichen Industrienationen hervorgegangenes Modell unabhängig von den nationalen Gegebenheiten über die staatlichen Grenzen hinweg ausbreitete – DiMaggio und Powell (1983) sprechen in dem Zusammenhang von „institutioneller Isomorphie“ –, demonstriert Finnemore die Relevanz gemeinschaftlicher Normen der *world polity* für internationale Organisationen. Damit konkretisiert sie das eher abstrakte Konzept der *world polity*, das von der sogenannten *Stanford School of Institutional Sociology* im Umfeld von John W. Meyer entwickelt wurde (Meyer 2005; Boli und Thomas 1997). Die *world polity*-Forschung untersucht Kultur auf der systemischen Ebene als Weltkultur.[17] Wie Max Weber, so sieht auch Meyer einen Prozess der formalen Rationalisierung der westlichen Welt am Werk, der in der Ausdehnung formaler Organisationen sowie in der Entstehung einer sich globalisierenden Weltkultur zum Ausdruck kommt.

Innerhalb der SI hat sich in den letzten Jahren eine weitere Sichtweise etabliert, die internationale Organisationen als Bürokratien konzipiert (Barnett und Finnemore 2004; Dingwerth et al. 2009; Benner et al. 2009). Internationale Bürokratien verkörpern zunächst rational-legale Autorität als das Wesensmerkmal bürokratischer Herrschaft. Damit Entscheidungen von internationalen Bürokratien als autoritativ anerkannt werden, müssen sie zusätzliche Autorität besitzen (Barnett und Finnemore 2004, S. 24). Indem internationale Organisationen von Staaten in die Position versetzt werden, Aufgaben zu übernehmen, besitzen sie erstens delegierte Autorität. Internationale Organisationen können sich zweitens auf moralische Autorität stützen, indem sie deutlich machen, sozial anerkannten und wertgeschätzten Prinzipien der internationalen Gemeinschaft zu dienen. Drittens können sich internationale Organisationen aber auch auf fachliche Autorität und technische Expertise berufen. Delegierte, moralische und fachliche Autorität tragen letztlich dazu bei, dass internationale Organisationen über Macht in den internationalen Beziehungen verfügen. Entscheidend ist jedoch, dass Informationen zu Wissen (*knowledge*) gemacht

[17]Als emergentes Phänomen organisiere und legitimiere Weltkultur nationale wie internationale Akteure entlang universalistischer Modelle wie Staatsbürgerschaft oder sozioökonomischer Regulierungen. Gemäß der makro-phänomenologischen Sichtweise auf Institutionen gehen die kulturellen kognitiven Strukturen dem Handeln der Akteure voraus, weshalb Weltkultur auch nicht im handlungstheoretischen Sinne erklärt werden kann (Jepperson et al. 1996, S. 53). Für ein alternatives Verständnis von Weltkultur siehe die Darmstädter Forschungsgruppe „Weltgesellschaft“.

werden.[18] Gleichzeitig legen internationale Organisationen einen intersubjektiv geteilten Bedeutungsrahmen fest, an dem sich Staaten orientieren und ihr Handeln ausrichten (Barnett und Finnemore 2004, S. 33).

Wie nationale Bürokratien, so bilden auch internationale Bürokratien spezifische Organisations- und Problemlösungskulturen aus. Internationale Bürokratien können auch dysfunktional werden und pathologische Züge annehmen, sodass sich deren Problemlösungsfähigkeit ins Gegenteil verkehrt. Barnett (2003) hat am Beispiel der *Peacekeeping*-Bürokratie der VN das Versagen der Doktrinen und Institutionen (allen voran des Sekretariats und des Sicherheitsrats der VN) im Fall Ruanda nachgezeichnet und den Grund dafür in einer institutionalisierten Ideologie der Unparteilichkeit und Neutralität ausgemacht. Andere Studien haben das Scheitern der dominanten globalen „peacebuilding culture" (Autesserre 2010, S. 33) in der Demokratischen Republik Kongo oder die „organisierte Heuchelei" (Weaver 2008) bei der Armutsbekämpfung durch die Weltbank dokumentiert. Generell ist der Grat zwischen Macht und Ohnmacht internationaler Organisationen schmal (Hasenclever et al. 2007). Doch wie das Beispiel der VN zeigt, sind internationale Organisationen auch lernfähig. So nahmen die VN den „Sündenfall" Ruanda (aber auch andere humanitäre Katastrophen wie Somalia oder Bosnien) zum Anlass, die Doktrin der Schutzverantwortung (*Responsibility to Protect*) zu entwickeln, die erstmals durch die Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats vom März 2011 im Libyenkrieg erprobt wurde. Damit soll künftig die Zivilbevölkerung vor schweren Menschenrechtsverletzungen und Brüchen des humanitären Völkerrechts geschützt werden. Ähnliche Lernprozesse lassen sich auch in anderen internationalen Organisationen wie der EU beobachten, wie die Vertragsreformen von Maastricht 1992 bis Lissabon 2009 zeigen.

3.3 Historischer Institutionalismus: Pfadabhängigkeit und Nebenfolgen

Die rationale und soziologische Variante des Institutionalismus haben gemeinsam, dass sie die temporale Dimension von Politik ausblenden. Die Einsicht, dass „the timing and sequence of events shape political processes" ist hingegen das zentrale Distinktionsmerkmal des historischen Institutionalismus (HI).[19] Innerhalb des

[18]Dies lässt sich am Beispiel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) illustrieren (Barnett and Finnemore 2004, S. 33). Die WHO klassifizierte Homosexualität bis 1992 als psychische Krankheit, was dazu führte, dass Homosexuelle sich einer medizinisch-psychiatrischen Behandlung unterziehen mussten und in einige Länder nicht einreisen durften. Die durch die Klassifizierung der Welt von internationalen Organisationen geschaffenen sozialen Kategorien haben wichtige Implikationen für jene, die klassifiziert wurden.

[19]Pierson (1996, S. 126, Hervorhebung im Original) definiert den HI als „*historical* because it recognizes that political development must be understood as a process that unfolds over time. It is *institutionalist* because it stresses that many of the contemporary implications of these temporary processes are embedded in institutions – whether these be formal rules, policy structures, or norms".

Neo-Institutionalismus wurde das Wechselspiel zwischen Akteur und Institution lange entweder von den Akteuren (RI) oder Institutionen (SI) als determiniert betrachtet. Der HI nimmt insofern eine vermittelnde Position zwischen RI und SI ein, als sich Prozesse der Institutionenbildung nicht einfach umkehren lassen (Hall und Taylor 1996, S. 24). Wie Onuf (2002, S. 212) bemerkt, „[t]he alternatives to institutions by design are those that arise as the unintended consequences of self-interested human action". Politik findet nicht im Vakuum statt, sondern stets in bereits bestehenden institutionellen Strukturen (Thelen und Steinmo 1992).

Der HI hat sowohl rationalistische als auch soziologische Ausprägungen erfahren. Kennzeichnend für die rationale Ausprägung, auf die hier näher eingegangen wird, sind historische Pfadabhängigkeiten und die nicht-intendierten Nebenfolgen politischer Entscheidungen. Pfadabhängigkeit ist charakterisiert durch eine sich selbst verstärkende Sequenz von Ereignissen, d.h. ein Politikpfad beginnt zu einem Zeitpunkt, zu dem noch zwei alternative Wege offen stehen (*criticial juncture*), wobei nur einer beschritten wird. Der gewählte Weg wird durch sich selbst verstärkende Mechanismen und Rückkopplungen (*increasing returns*) verstärkt (Pierson 2000).[20] Pierson (1994) hat das Konzept der Pfadabhängigkeit am Beispiel des modernen Wohlfahrtsstaates illustriert. Dieser hat inzwischen eine Dauerhaftigkeit erlangt, sodass ein radikaler Abbau wegen zu hoher politischer Kosten ausgeschlossen wird. Die sozialen Gruppen, die den Ausbau von Wohlfahrtsstaaten vorantrieben (z.B. die Arbeiterbewegung), sind nicht mehr die einzigen Nutznießer der Sozialpolitik, sondern auch Gruppen, deren Interessen sich erst durch die Sozialpolitik geformt haben. Beide Prozesse limitieren die politische Kapazität, unpopuläre Maßnahmen des Abbaus des Wohlfahrtsstaates durchzusetzen, sodass die Logik des Abbaus nicht auf die Logik des Aufbaus rückführbar ist.

Ähnliche institutionelle Pfadabhängigkeiten lassen sich auch im Bereich der internationalen Beziehungen beobachten (Fioretos 2011; Hall 2010). So entstehen internationale Regime nicht auf einer *tabula rasa*, sondern zumeist eingebettet in zuvor existierenden internationalen Institutionen. Die internationale Klimakonvention baut in wesentlichen Teilen auf das zuvor ausgehandelte Ozonregime auf, ebenso wie sich die Welthandelsorganisation im Pfad des GATT-Regimes und die OSZE auf der Grundlage der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) fortentwickelt haben. Da die Kosten für existierende internationale Institutionen schon in der Vergangenheit getragen wurden (*sunk costs*), ist der Erhalt existierender Institutionen generell attraktiver als die Schaffung neuer Institutionen, die mit neuen Kosten verbunden sind. Internationale Kooperation schafft Gewinner und Verlierer, zumal durch sie Macht generiert

[20]Einige Autoren argumentieren, dass Pfadabhängigkeiten zu einem Verriegelungseffekt (*lock-in*) führen, sodass Veränderungen faktisch ausgeschlossen sind (Pierson 2000). Neuere Arbeiten zeigen jedoch, dass auch ein inkrementeller Wandel langfristig zu einer Diskontinuität im Sinne einer substantiellen Transformation einer Institution führen kann (Mahoney and Thelen 2009).

und umverteilt wird (Moe 2005). Asymmetrische Ressourcen und Machtverhältnisse können im Zeitverlauf dazu führen, dass Gewinner ein Interesse daran haben, die Institutionen in ihrer existierenden Form zu erhalten, selbst wenn die Voraussetzungen, unter denen sie geschaffen wurden, nicht mehr existieren.[21] Farrell und Newman (2010, S. 618; kritisch Drezner 2010) kommen mit Blick auf die internationale Finanzmarktregulierung zu dem Schluss, dass Staaten bei institutionellen Reformen dazu neigen „to create client groups that then have a strong incentive to push for their maintenance".

Neben der Logik der Pfadabhängigkeit betont der HI auch die Macht der nichtintendierten Konsequenzen von politischen Entscheidungen. Ein besonders illustratives Beispiel dafür ist die Europäische Union. Ein Kardinalfehler der gängigen rationalistischen Integrationstheorien besteht darin, dass diese die Konstruktion der EU als überwiegend intentionalen Prozess begreifen und dabei die Macht der Nebenfolgen übersehen. So haben Leibfried und Pierson (1998) am Beispiel der europäischen Sozialpolitik gezeigt, dass sich Prozesse der europäischen Institutionalisierung sogar dann vollziehen, wenn die Mitgliedstaaten gerade kein gemeinsames Interesse daran haben. Nur so ist die Entstehung des „Sozialen Europas" zu erklären. Komplexe politische Prozesse generieren einerseits Rückkopplungsschleifen (*feedback loops*), derer sich die Regierungen aufgrund der relativen Autonomie supranationaler Organe (Kommission, Parlament und Gerichtshof), des engen zeitlichen Horizonts von politischen Entscheidungen und des Wandels von nationalen Präferenzen nicht immer bewusst sind. Andererseits entfalten die supranationalen Organe der EU (*agents*) ein Eigenleben, indem sie sich entweder gegenüber den Kontrollwünschen der nationalen Regierungen und Parlamente (*principals*) verschließen oder *lock in*-Effekte von Institutionen produzieren (Jupille und Caporaso 1999: 438; Pollack 2003).[22]

Gerade in jüngerer Zeit wenden sich Vertreter des rationalen HI dem Prinzipal-Agent-Problem in internationalen Organisationen zu. Nach dem Prinzipal-Agent-Modell schaffen Staaten internationale Institutionen, um bestimmte Aufgaben an sie zu delegieren (Hawkins et al. 2006). Damit wird ein Vertragsverhältnis konstituiert, in dem die Prinzipale (also die Staaten) die Agenten (die internationalen Organisationen) ständig kontrollieren müssen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen. Während der RI davon ausgeht, dass die Prinzipale stets in der Lage sind, die Agenten zu

[21]Neben mächtigen Staaten können aber auch die für internationale Organisationen typischen Bürokratien selbst ihren Daseinszweck auf die Aufrechterhaltung ihrer Organisation legen, wie Studien zur institutionellen Eigenlogik etwa zur Weltbank oder zu den Vereinten Nationen mit ihren Sonderorganisationen gezeigt haben (Dingwerth et al. 2009). Die seit vielen Jahren geführte Diskussion um eine Reform des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen ist ein beredtes Beispiel (Voeten 2007).

[22]Neuere Studien haben die Erklärungskraft von Pfadabhängigkeit und nichtintendierten Konsequenzen in ganz unterschiedlichen Bereichen – von der multilateralen Ordnungspolitik (Ikenberry 2001) über die EU-Osterweiterung (Vachudova 2007) bis hin zur Politik der internationalen Verrechtlichung (Blauberger et al. 2012) – aufgezeigt.

kontrollieren,[23] heben Vertreter des HI stärker die *lock in*-Effekte und die Fehlentwicklungen (*agency slack*) im Delegationsprozess hervor. Neuere Studien über die Kreditvergabepolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) betonen hingegen das komplementäre Verhältnis von Prinzipal und Agent (Copelovitch 2010). Nichtsdestotrotz zählt die Frage, ob internationale Institutionen lediglich staatliche Akteursinteressen widerspiegeln oder sich im Delegationsprozess verselbständigen, zu den zentralen Problemen institutionalistischer Forschung (Martin und Simmons 2013, S. 333).

3.4 Diskursiver Institutionalismus: Ideen und Diskurse

Zu den drei Spielarten des Neo-Institutionalismus hat sich in jüngster Zeit der „diskursive Institutionalismus" (DI) gesellt, der sich als vierter Institutionalismus zu etablieren beginnt. Der DI, wie er insbesondere von Vivien Schmidt entwickelt worden ist, begreift Institutionen als maßgeblich durch Diskurse und Ideen beeinflusste Gebilde (Schmidt 2003, 2008; Schmidt und Radaelli 2004). Schmidt (2003, S. 319) versteht Diskurse – „broadly defined as whatever public actors say to one another and the society at large in order to generate and legitimate ideas about policy and polity" – auf duale Weise als Interaktionen und Ideen, wobei Ideen noch einmal in kognitive und normative Diskurse unterschieden werden. Während sich der kognitive Diskurs über Problemlösungen sowie über wissenschaftlich begründete Argumente definiert, ist es das Ziel von normativen Diskursen, an Normen und Werte zu appellieren, um damit Reaktionen innerhalb der Gesellschaft auszulösen (Schmidt 2008). Die zugrundeliegende Handlungslogik ist die der Kommunikation (Schmidt 2011a, S. 47; Fischer und Gottweis 2012).

Anders als der SI, der ebenfalls die Bedeutung von Ideen im politischen Entscheidungsprozess hervorhebt und von einer konstruktivistischen Ontologie über die „Natur" von Interessen und Institutionen ausgeht, begreift der DI Ideen als dynamische Elemente (Schmidt 2011b, S. 684). Indem Diskurse als interaktive Prozesse konzipiert werden, kann untersucht werden, warum sich manche Ideen erfolgreich im politischen Alltag durchsetzen und damit Wandel generieren. Deliberation wird als Hebel betrachtet, den Akteure einsetzen können, um Institutionen zu verändern – oder aber sie in der gegebenen Form zu erhalten (Schmidt 2008, S. 309). Auf der Zeitachse, auf der Wandel zu untersuchen ist, sind Institutionen die abhängige Variable, da sie auf der Grundlage von Ideen und Diskursen über diese Ideen (die als erklärende Variable fungiert) veränderbar sind. Darin unterscheidet sich der DI

[23]So billigt Moravcsik (1998) internationalen Organisationen keine eigenständige Agentenrolle im Delegationsspiel zu. Er zeigt am Beispiel der EU, dass Mitgliedstaaten deshalb Hoheitsrechte delegieren und sich auf institutionelle Arrangements auf europäischer Ebene einlassen, um sich glaubwürdig an die eingegangenen Kooperationsverpflichtungen binden zu können. Supranationale Organe wie die Kommission können – so sein Argument – allenfalls helfen, die Kooperationsbedingungen zu verbessern, indem sie die Transaktionskosten reduzieren und die getroffenen Vereinbarungen überwachen.

auch vom HI, der Wandel lediglich als das Ergebnis exogener Krisen und Schocks begreift (Schmidt 2012, S. 709).

Da Diskurse aber auch aus Interaktionen bestehen, gilt es darauf zu achten, wie diese von den Akteuren oder politischen Unternehmern genutzt werden und vor allem in welcher institutionellen Konfiguration dies geschieht. Im Unterschied zu diskurstheoretischen Ansätzen in der Tradition des Post-Strukturalismus beschäftigt sich der DI allerdings nicht mit Prozessen der Formierung und Durchsetzung bestimmter Diskurse. Vielmehr hebt Schmidt die institutionellen Aspekte hervor, wenn sie schreibt: „This approach to discourse itself constitutes a form of ‚discursive' institutionalism because it involves not only text (as much postmodern discourse analysis assumes) but context – and context not only in terms of culturally constructed ideas and values (the focus of constructivists) but also in terms of ‚institutions', understood in ‚new institutionalist' terms as socially constituted, historically evolving, and/or interest-based rules of interaction that represent incentives, opportunities, and/ or constraints for individual and collective actors" (Schmidt 2003, S. 319). Institutionen rahmen den politischen Diskurs, indem sie ein Repertoire von akzeptablen (und zu erwartenden) diskursiven Interaktionen definieren.

Obwohl inzwischen Schmidt (2011b, S. 683) eine Einordung des DI als eigenen institutionellen Ansatz rechtfertigt, sieht sich der DI nicht im Gegensatz, sondern eher als Ergänzung zu den drei anderen Institutionalismen (Schmidt 2006, S. 250). Auch sind Diskurse „just one explanatory factor, along with policy problems, policy legacies, policy preferences and political institutional arrangements (Schmidt 2012, S. 708). Folglich handelt es sich beim DI dann auch eher um „an umbrella concept for a vast range of approaches to the study of institutions with significant variations in their theoretical and methodological understanding of the relations between ideas, discourses and institutions" (Panizza und Miorelli 2013, S. 301). Damit ist der DI auch kompatibel mit verschiedenen theoretischen und epistemologischen Ansätzen vom positivistischen bis hin zum konstruktivistischen Pol (Schmidt 2008).

Sieht man einmal davon ab, dass sich ein explizit „diskursiver Institutionalismus" im Bereich der Internationalen Beziehungen erst in Ansätzen herausbildet,[24] so ist der DI in der Literatur umstritten. Während er für die einen ein zusätzliches Angebot darstellt, mit dem institutioneller Wandel erklärt werden kann, stellen andere die Eigenständigkeit des DI innerhalb des Institutionalismus in Frage, da Schmidt Institutionen lediglich einen residualen Charakter zubilligt. Kritisiert wird „a somewhat confused understanding of constructivism, which excessively privileges

[24]Der DI findet insbesondere in der Europaforschung (Schmidt 2013; Crespy and Sandri 2009; Diez 1999), weniger im Bereich der internationalen Politik Beachtung. Von Einzelstudien abgesehen, hat sich (noch) kein eigenes Forschungsprogramm etabliert, in dem Diskursanalyse und Institutionalismus systematisch aufeinander bezogen werden (Kulawik 2009: 267). Allerdings arbeiten Blyth (1997, 2002), Hay (2004) und Raudla und Kattel (2001) im Bereich der Politischen Ökonomie implizit wie explizit mit den Annahmen des DI.

Tab. 3 Merkmale der vier Spielarten des Institutionalismus

	Rationaler Institutionalismus	Historischer Institutionalismus	Soziologischer Institutionalismus	Diskursiver Institutionalismus
Erklärungs-gegenstand	Rationales Verhalten und Interesse	Historische Regelmäßigkeiten	Kulturelle Normen und Frames	Ideen und Diskurse
Logik der Erklärung	Logik der Kalkulation	Logik der Pfadabhängigkeit	Logik der Angemessenheit	Logik der Kommunikation
Probleme der Erklärung	Ökonomischer Determinismus	Historischer Determinismus	Kultureller Determinismus	Ideationaler Determinismus
Fähigkeit Wandel zu erklären	Statisch: Kontinuität durch exogene Präferenzen	Statisch: Kontinuität durch Pfad-abhängigkeit	Statisch: Kontinuität durch kulturelle Normen	Dynamisch: Wandel/ Kontinuität durch Ideen
Institutionen	Instrument	Instrument und Akteur	Akteur	Ideen

Quelle: Schmidt (2011a) und Fioretos (2011), eigene Ergänzungen

agency, and loses sight of the significance of institutional and wider structural variables“ (Bell 2011, S. 884). Schmidt (2012, S. 708) hat diesen Vorwurf unter Verweis auf die Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas zurückgewiesen und sozialstrukturalistisch argumentiert, dass die soziale Realität weder bloß als Handlungskontingenz noch ausschließlich als Strukturobjektivität zu fassen sei. Auch lehnt sie Bells (2012, S. 517) Vorschlag, die Rolle von Ideen und Diskursen innerhalb eines „flexible historical institutionalism“ zu konzipieren, ab. Vielmehr verteidigt sie den DI als „distinctive approach that contributes to our understanding of political action in ways that the other three neo-institutionalism – rational choice, historical, and sociological – cannot“ (Schmidt 2011b, S. 683). Die Tab. 3 fasst die zentralen Merkmale der vier Institutionalismen noch einmal übersichtlich zusammen.

4 Themenfelder und Entwicklungsperspektiven des Institutionalismus

Der Überblick über die theoretischen Perspektiven des neuen Institutionalismus hat gezeigt, dass das Forschungsfeld seit Inis Claudes *Swords into Plowshares* in den 1950er-Jahren beachtliche Fortschritte gemacht hat. So hat der Institutionalismus inzwischen einen gewissen Sättigungsgrad erreicht (Checkel 2014), weshalb sich die Forschung „less on why international institutions exist and more on whether and how they significantly impact behavior and outcomes“ konzentriert (Martin und Simmons 2013, S. 327). Gleichzeitig gibt es eine Reihe von normativen und deskriptiven Fragen und Problemen, welche die aktuelle Diskussion über internationale Institutionen und Organisationen bestimmen. Abschließend sollen deshalb

wichtige Entwicklungsperspektiven in der empirischen Forschung über internationale Institutionen aufgegriffen werden.[25]

4.1 Internationale Institutionen und Normdurchsetzung

Ein erstes, ergiebiges Themenfeld befasst sich mit der Tiefe der Zusammenarbeit in internationalen Institutionen und den damit einhergehenden Verpflichtungsproblemen. Damit internationale Institutionen im globalen Zeitalter zu einem effektiven und wirksamen Regieren jenseits des Nationalstaates beitragen können, müssen sich Staaten an die eingegangenen Verpflichtungen halten. Im Vordergrund steht dabei die Frage, ob und warum sich Staaten an eingegangene Verpflichtungen und Regeln halten, obwohl sie sich nicht auf eine zentrale Sanktionsinstanz berufen können. Das Gros der theoretischen Studien und empirischen Befunde lassen sich in drei Strategien zur Erklärung regelkonformen Verhaltens von Staaten bündeln, nämlich *Enforcement*, *Management* und *Adjudication* (Chayes und Chayes 1995; Zangl 2001, 2008).

Enforcement-Strategien basieren auf spieltheoretischen Überlegungen, wie sie innerhalb des rationalen Institutionalismus entwickelt worden sind (Zangl 2001, S. 53). Es wird angenommen, dass Staaten immer dann gegen internationale Regeln verstoßen, wenn ihnen die Kosten der Regelbefolgung als zu hoch erscheinen (Keohane 1989). Dies trifft vor allem dann zu, wenn die internationalen Regeln mit jenen auf der nationalen Ebene kollidieren. Da sich „gewollte" Regelverstöße ohne eine übergeordnete Sanktionsinstanz nur schwer verhindern lassen, entsteht ein formidables Sanktions- und Bestrafungsproblem. Zum einen sind nur mächtige oder hegemoniale Staaten in der Lage, schwächere Staaten durch Androhung von Sanktionen zur Regelbefolgung zu zwingen. Zum anderen ist die Sanktionierung von internationalen Regelverstößen nicht nur für den betroffenen Staat, sondern zumeist auch für den Sanktionierenden mit Kosten verbunden. Folglich kann es leicht zum Abwälzen von Sanktionskosten auf andere Staaten kommen, mit dem fatalen Ergebnis, dass die Sanktionierung von Regelverletzungen ganz unterbleibt.[26]

Management-Strategien gehen hingegen davon aus, dass Staaten grundsätzlich bereit sind, sich an internationale Verpflichtungen zu halten, selbst wenn damit Kosten verbunden sind (Franck 1990; Zangl 2001, S. 54). Regelverletzungen sind folglich auch nicht „gewollt", sondern geschehen unfreiwillig. Zum einen sind die

[25]Die nachfolgende Auswahl bleibt notwendigerweise selektiv und unvollständig. Erwähnt seien hier nur der „Neue Konstitutionalismus" (u. a. Wiener et al. 2012; siehe auch Wiener 2014) an der Schnittstelle zwischen Institutionalismus und *Global Governance*-Forschung, der „Organizational Ecology"-Ansatz (Abbott et al. 2013) oder die Debatte über globale Gerechtigkeitsvorstellungen in internationalen Institutionen, wie sie etwa im Frankfurter Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen" geführt wird.

[26]Damit Sanktionsdrohungen glaubhaft bleiben, müssen internationale Organisationen jedoch über verlässliche Verfahren verfügen, die sicherstellen, dass Regelverstöße auch wirksam festgestellt und überwacht werden können.

Verhaltensanforderungen der Regeln nicht immer hinreichend klar, so dass es zu Nicht-*Compliance* kommt. Zum anderen fehlen insbesondere Entwicklungsländern häufig die notwendigen administrativen Handlungskapazitäten und ökonomischen Ressourcen zur Umsetzung von internationalen Regeln und Normen. Auch bei der Vermeidung „unfreiwilliger Regelverstöße" kommt internationalen Organisationen eine wichtige Rolle zu, indem sie den entsprechenden Staaten finanzielle und technische Unterstützung zukommen lassen und damit *capacity building* betreiben. Daneben stellen internationale Organisationen auch Verfahren zur Klärung von Regelinhalten bereit. Damit wird ein gemeinsames Verständnis für die Regeleinhaltung geschaffen, wobei Studien hier vor allem die Bedeutung von Informations- und Ressourcentransfers einerseits und Wissen über Regeleinhaltung und damit die Rolle von Expertengemeinschaften andererseits betonen (Adler und Haas 1992).

Eine dritte Strategie der Regeldurchsetzung geht davon aus, dass Normen und Regeln von internationalen Institutionen häufig deshalb missachtet werden, weil ihre Bedeutung nicht eindeutig ist. Die sogenannte *Adjudication*-Strategie unterscheidet sich von der Management-Strategie darin, dass Unstimmigkeiten bezüglich der einzuhaltenden Regeln und Normen durch gerichtsähnliche Institutionen vor der (Welt-)Öffentlichkeit als normmissachtend bzw. normbeachtend bewertet werden. Durch Instanzen der Adjudikation wird einerseits Staaten, die Regelungslücken absichtlich ausnutzen, der Weg versperrt. Anderseits tragen richterliche Entscheidungen auch dazu bei, normverletzenden Staaten den öffentlichen Weg der Regelbeachtung zu weisen (Zangl 2001, S. 56). Wichtig ist jedoch, dass Regelverstöße durch ein supranational angelegtes juristisches Verfahren bearbeitet werden, das im Unterschied zu diplomatischen Streitbeilegungsverfahren es den beteiligten Streitparteien weit weniger erlaubt, Normverstöße zu politisieren (Keohane 2002; Abbott et al. 2000).

Während die drei Schulen der Regeldurchsetzung früher häufig als miteinander konkurrierend betrachtet wurden, wird inzwischen der komplementäre Charakter von *Enforcement*, *Management* und *Adjudication* betont. So hat Zangl (2001, 2008) am Beispiel der Regeldurchsetzung im GATT (Ölsamen-Fall), in der WTO (Bananen-Fall) und der EG (‚Cassis-de-Dijon'-Fall) gezeigt, dass sich internationales Regieren nicht nur auf gut institutionalisierte Sanktionsmechanismen und Verwaltungsdialoge stützen können sollte, sondern auch über gerichtliche Streitbeilegungsverfahren verfügen muss. Während die Rolle von Sanktionen und Verwaltungsdialogen für eine erfolgreiche Regeldurchsetzung vielfach überschätzt wird, bleibt die der Streitbeilegung in internationalen Institutionen häufig unterschätzt (Abbott et al. 2000; Bogdandy und Venzke 2014). Neuere Studien über die Regelbefolgung in der EU bestätigen diese Ergebnisse. Börzel et al. (2010) haben für den Zeitraum von 1978–1999 nachgewiesen, dass der Grad der Nichteinhaltung des EU-Gemeinschaftsrechts sowohl zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten (hier stehen sich „Musterschüler" wie Dänemark und Großbritannien und „Bummler" wie Griechenland oder Italien gegenüber) als auch zwischen den unterschiedlichen Politiksektoren erheblich variiert. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass große Staaten häufiger die Regeln in der EU brechen, während sich vor allem kleinere Staaten mit einer effizienten Bürokratie an die Regeln halten.

Ebenso konnte gezeigt werden, warum sich kleinere Mitgliedstaaten wie Portugal nach einem Regelverstoß schneller an das EU-Gemeinschaftsrecht anpassen, während größere Mitgliedstaaten wie Italien eher bereit sind, Regelverletzungen auszusitzen (Börzel et al. 2012).

4.2 Internationale Institutionen und demokratischer Friede

Ein zweites Themenfeld über internationale Institutionen hat sich innerhalb der demokratischen Friedensforschung eröffnet (Czempiel 1986). Dort wurde in den letzten Jahren der Versuch unternommen, unterschiedliche Typen zwischen internationalen Institutionen zu unterscheiden und getrennt nach ihren Friedens- und Konflikteffekten zu untersuchen (Hasenclever 2010, S. 242–245). Entgegen einer weit verbreiteten Skepsis, wonach es keinen Zusammenhang zwischen der Einbindung von Staaten in internationale Organisationen und der Gewaltanfälligkeit ihrer Beziehungen gibt, hat sich der friedensfördernde Effekt von internationalen Organisationen vor allem dann als statistisch robust erwiesen, wenn diese nach der Zusammensetzung ihrer Mitglieder differenziert werden. So konnte gezeigt werden, dass sich in regionalen Sicherheitsorganisationen mit überwiegend demokratischen Mitgliedstaaten das Risiko gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen ihren Mitgliedstaaten deutlich verringert (Pevehouse und Russett 2006, S. 982). Andere Studien heben die wichtige Rolle von internationalen Organisationen bei der Beendigung militärischer Konflikte hervor.

Neben dem empirischen Befund, wonach interdemokratische Institutionen geeignet sind, die Sicherheitsbeziehungen zwischen ihren Mitgliedern zu stabilisieren, die Zusammenarbeit in Wirtschaft und Umwelt zu fördern und die Autonomie der verregelten Politikfelder zu erhöhen, gibt es inzwischen erste Erklärungsangebote zum Zusammenhang von internationalen Organisationen und Frieden (Dembinski und Hasenclever 2010). Internationale Organisationen zwischen Demokratien wirken auf dreifachem Wege pazifizierend, erstens durch die Einbindung parlamentarischer und privater Akteure, zweitens durch die systematische Abschöpfung privater Informationen und drittens durch die Einrichtung von Streitschlichtungsverfahren. Dadurch wird verhindert, dass Demokratien zu unilateralen Selbsthilfestrategien greifen und die Beziehungen sich untereinander polarisieren. Gleichzeitig sind drei gefährliche Eskalationspfade blockiert. Interdemokratische Institutionen wirken deeskalierend, indem sie als effektive Frühwarnsysteme für mögliche Machtverschiebungen im internationalen System dienen, den Nutzen ihrer Mitglieder durch Kooperation erhöhen und die Problemlösungsfähigkeit auf internationaler Ebene mit interessierten innenpolitischen Akteuren, die darauf achten, dass verhandelbare Einzelfragen nicht zu übergreifenden Konfliktbündeln verschmelzen, optimieren (Hasenclever 2010, S. 245). Schließlich eröffnet die Perspektive auf den demokratischen Frieden als ein Netzwerk von in internationalen Organisationen verbundenen Demokratien auch die Möglichkeit, die Herausbildung einer gemeinsamen Identität zu erfassen, welche pazifizierend wirkt.

4.3 Internationale Institutionen, Orchestrierung und Fragmentierung

Ein weiterer Forschungsstrang innerhalb des Institutionalismus beschäftigt sich mit dem Thema Regieren durch Orchestrierung (Abbott und Snidal 2010; Abbott et al. 2014). Von der *Global Governance*-Forschung unterscheidet sich dieser Forschungsstrang dadurch, dass Orchestrierung als ein besonderer Modus von *Governance* konzeptualisiert wird, bei dem internationale Organisationen zum einen nicht selbst regieren, sondern andere Akteure in ihren *Governance*-Aktivitäten unterstützen und zum anderen nicht auf harte, sondern auf weiche und indirekte *Governance*-Instrumente zurückgreifen. Dies unterscheidet Orchestrierung „from traditional hierarchical governance, which addresses targets directly through hard instruments; from governance through collaboration with targets, which is direct but soft; and from delegation, which is indirect (because the IGO works through an agent) but hard (because the IGO can control the agent)“ (Abbott et al. 2014, S. 1).

Neben Hierarchie, Delegation und Kollaboration stellt die Orchestrierung somit eine vierte Form globalen Regierens dar. Da ein Orchestrator durch „Intermediaries“ regiert, ist Orchestrieren ein indirektes Steuerungsinstrument, das von internationalen Organisationen wie den VN, der EU, der WHO oder der ILO immer häufiger eingesetzt wird. Auch kann der Orchestrator die Aktivitäten seiner „Intermediaries“ nicht kontrollieren (wie bei der hierarchischen Steuerung oder im Delegationsprozess), sondern verfügt lediglich über weiche Formen der Steuerung in Form von Argumenten oder materiellen Anreizen. Als „Intermediaries“ werden häufig NGOs zwischengeschaltet, aber auch private Firmen, *Public Private Partnerships* (PPP), transnationale Netzwerke oder andere internationale Organisationen. Für erfolgreiches Orchestrieren sind die „Intermediaries“ entscheidend, verfügen sie doch nicht nur über Handlungskapazitäten, sondern auch über die nötigen Informationen und das technische Wissen. Das Ziel globalen Regierens durch Orchestrieren können sowohl staatliche Einrichtungen („managing states“) als auch private Unternehmen („bypassing states“) sein (Abbott et al. 2012, S. 5).[27]

Die Orchestrierung-Forschung schließt in zweifacher Hinsicht an die bisherige institutionalistische Literatur an. Zum einen hilft sie, herauszufinden, welchen Beitrag internationale Organisationen für globales Regieren leisten. Die Spannbreite von Antworten reicht dabei von realistischen Perspektiven, die internationale Organisationen lediglich als Epiphänomen staatlicher Machtinteressen ansehen bis hin zu konstruktivistischen Perspektiven, die internationale Organisationen als handlungsfähige Akteure konzipieren (Schieder 2013, S. 447–455). Beide Perspektiven „treat

[27]Ein Beispiel für staatliche Steuerungsziele ist das 2010 gegründete *Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation* (GEREK). Bestehend aus Vertretern der nationalen Regulierungsbehörden hat es die Aufgabe, die EU-Kommission und das Europäische Parlament in Fragen der Anwendung des EU-Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation zu unterstützen. Dagegen ist die 1997 mit Unterstützung des UN-Umweltprogramms (UNEP) gegründete *Global Reporting Initiative* (GRI) dafür zuständig, Richtlinien für die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten von privaten Unternehmen zu entwickeln.

IGOs as stand-alone governance actors, largely disregarding the influence of their organizational environment. Our analysis of orchestration theorizes this environment as a source of IGO autonomy“ (Abbott et al. 2014, S. 6). Zum anderen ist die Orchestrierung-Forschung auch anschlussfähig an die Literatur über internationale Regimekomplexe (Raustiala und Victor 2004; Alter und Meunier 2009; Keohane und Victor 2011; Pfister 2012; Gehring und Faude 2013, 2014).[28] Internationale Institutionen operieren in vielen Fällen nicht unabhängig voneinander, sondern beeinflussen sich reziprok auf vielfältige Weise in ihren Steuerungs- und Regulierungsleistungen. Dies eröffnet neue strategische Handlungsoptionen für staatliche und nicht-staatliche Akteure. Dabei werden nicht nur die Handlungsmöglichkeiten für Akteure analysiert, die sich durch institutionelle Interaktionen eröffnen, sondern auch die Grenzen wirksamer Steuerung aufgrund der immer komplexer werdenden Regimestrukturen (Abbott et al. 2014, S. 7).

Wie empirische Studien gezeigt haben, können staatliche sowie nicht-staatliche Akteure die zunehmende Institutionalisierung der internationalen Beziehungen unter Abwesenheit einer zentralen Ordnungsinstanz durch drei inter-institutionelle Handlungsweisen strategisch nutzen (Gehring und Faude 2014): Erstens durch „forum-shopping“ (Raustiala und Viktor 2004), indem staatliche Akteure situationsspezifisch zwischen verschiedenen internationalen Institutionen zur Verfolgung ihrer gemeinsamen Kooperationsgewinne wählen können, zweitens durch „regime-shifting“ (in diesem Fall wählen staatliche Akteure einzelfallübergreifend die internationalen Institutionen oder Regime aus, um ihre Interessen zu verfolgen) und drittens durch das, was in der Literatur die „strategische Neugründung einer Konkurrenzinstitution“ genannt wird (Keohane und Morse 2014). Auf diese Weise soll die sich einem institutionellen Wandel verschließende internationale Institution durch andere Institutionen unter Druck gesetzt werden. Damit wird institutioneller Wandel gewissermaßen „von außen“ induziert, wobei Unzufriedenheit vor allem dann entsteht, wenn sich eine internationale Institution – und hier mag die Europäischen Union durchaus als ein Beispiel dienen – inhaltlichen Reformvorschlägen eines Teils ihrer Mitglieder verschließt. Empirisch konnte gezeigt werden, dass Staaten in solchen Fällen eher ihre Reforminteressen in anderen Institutionen verfolgen als aus internationalen Institutionen auszutreten (Urpelainen und van de Graaf 2014).

4.4 Internationale Institutionen, demokratische Legitimation und Politisierung

Die letzte hier vorgestellte institutionalistische Debatte dreht sich vor allem um die Frage, wie und unter welchen Bedingungen sich internationale Kooperation demokratisch legitimieren und gestalten lässt (Hurd 1999; Geis et al. 2012). Die weit verbreitete Auffassung, dass nationale und internationale Demokratisierung in einem

[28]Regime-Komplexe lassen sich definieren als „nested, partially overlapping, and parallel international regimes that are not hierarchically ordered“ (Alter and Meunier 2009, S. 13).

Nullsummenspiel stehen, wurde schon sehr früh in der Diskussion um das Demokratiedefizit innerhalb der EU vertreten. Scharpf (1999) argumentiert, dass hoheitliches Handeln in Demokratien entweder *input*-orientiert durch Bezug auf die kollektiven Präferenzen oder *output*-orientiert durch Bezug auf die Interessen der Regierten legitimiert werden kann. Während sich diesseits des Nationalstaates beide Legitimationsbeschaffungsmodi gegenseitig stützen, fallen sie jenseits des Nationalstaates auseinander. Denn dort fehlen die Voraussetzungen einer starken kollektiven Identität, die erst die Ausbildung kollektiver Präferenzen ermöglicht, welche unfreiwillige Umverteilung und zugemutete Sonderopfer legitimieren könnte. Gleichzeitig ist die *Output*-Legitimation in ihrer Reichweite begrenzt, was eine Vergemeinschaftung wichtiger Politikfelder auf europäischer Ebene bislang ausschließt.[29]

Während Scharpf von einem demokratischen Legitimationsproblem ausgeht, halten andere das Demokratiedefizit der EU für einen Mythos (Majone 1998; Moravcsik 2002, 2004). Sie argumentieren, dass die institutionelle Delegation in der EU dem gleichen Muster folge wie im nationalen Rahmen, in dem ja auch die Verantwortung beispielsweise für die Geldpolitik an nicht-majoritäre Institutionen übertragen werde. EU-Institutionen erfüllen also nur jene Aufgaben, die auch innenpolitisch an unabhängige Behörden übertragen werden (Moravcsik 2002). Hinzu kommt, dass in der EU politische Entscheidungen verhandelt werden, die – aufgrund des nach wie vor fehlenden Parteienwettbewerbes – nicht zu den „salient issues for the mass public" gehören (Moravcsik 2006, S. 225).[30] Ein demokratisches Defizit der EU besteht nur, falls ein unrealistisches Ideal als Bewertungsmaßstab herangezogen wird, das selbst viele Mitgliedstaaten nicht erfüllen (Moravcsik 2002). Dagegen haben Føllesdal und Hix (2006) eingewendet, dass Moravcsik das Legitimationsproblem in der EU falsch einschätze, indem er das Demokratiedefizit einseitig als fundamentale Quelle des Integrationserfolges verkürzt.

Zusammen mit anderen Autoren hat Moravcsik die demokratische Perspektive auf internationale Organisationen erweitert und damit eine generelle Debatte um die Auswirkungen internationaler Kooperation auf nationale demokratische Institutionen entfacht (Keohane et al. 2009; Gartzke und Naoi 2011). Die Autoren argumentieren, dass die wiederholt geäußerte Kritik am elitären, technokratischen und undemokratischen Charakter vieler Regelungsarrangements jenseits des Staates überzogen sei. Vielmehr – so ihr zentrales Argument – können aus der Perspektive eines konstitutionellen (statt eines rein majoritären) Demokratieverständnisses internationale Organisationen durchaus demokratiefördernd wirken, indem sie helfen, partikuläre Sonderinteressen einzuhegen, Individual- und Minderheitenrechte gegen

[29]Zwar trägt die EU dieser normativen Beschränkung durch die spezifische Entscheidungsstruktur im Rat Rechnung, wo in sensiblen Bereichen nach wie vor einstimmig abgestimmt wird. Aber anders als im Nationalstaat unterliegt in der EU das unmittelbar rechtswirksame Handeln der Institutionen (wie das der Kommission oder der Europäischen Zentralbank) nicht der letzten Kontrolle politisch verantwortlicher Entscheidungsinstanzen.

[30]Letztlich dokumentieren die europäischen Regierungen durch die Delegation von Befugnissen lediglich die Glaubwürdigkeit ihrer wohlfahrtsfördernden Integrationsabsichten (Moravcsik 1998, S. 74).

Staat und sektiererische Mehrheiten zu schützen und die qualitative Informationsbasis kollektiver Deliberation zu erhöhen (Keohane et al. 2009, S. 2). Relativiert mannämlich das Volkssouveränitätsprinzip als die einzige Möglichkeit, Demokratie zu organisieren, und stellt ihr Werte wie Deliberation, Minderheitenschutz sowie die Bekämpfung des Einzelinteresses und die Förderung gemeinwohlorientierter Interessen gegenüber, so können internationale Institutionen und Organisationen viele dieser Normen nicht nur erfüllen, sondern auch zu ihrer Stärkung beitragen.[31]

Gegen das Positivsummenspiel von nationaler und internationaler Demokratisierung wurde eingewendet, dass es nicht so sehr der elitäre und technokratische Charakter von internationalen Organisationen sei, der demokratiefeindlich wirke, sondern weil multilaterale Organisationen hoch politisch sind (Gartzke und Naoi 2011, S. 589). Zum einen schaffen internationale Organisationen Gewinner und Verlierer, was sie anfällig für den Einfluss von partikulären Sonderinteressen macht. Zum anderen lässt sich aufgrund von internationalen Krisen und Denationalisierungsprozessen eine Politisierung der Weltpolitik und der sie tragenden internationalen Institutionen beobachten (Zürn et al. 2012, S. 70; Zürn und Ecker-Ehrhardt 2013). Zwar waren internationale Institutionen aufgrund distributiver Konsequenzen stets politisch, aber seit den 1990er-Jahren sind nationale Öffentlichkeiten, Parlamente und transnationale Akteursgruppen sensibel geworden und zu Kritik und öffentlichem Widerstand (*resistance*) bereit, die internationale Institutionen unter Handlungszwang setzt. Gewissermaßen spiegelbildlich zeigt sich aber auch eine pro-aktive Nutzung (*utilization*) internationaler Institutionen, um die eigenen politischen Ziele besser verfolgen zu können. Es ist diese scheinbar „widersprüchliche Entwicklung bestehend aus wachsenden Protesten gegen internationale Institutionen bei deren gleichzeitig intensivierter Nutzung, für die wir den Begriff Politisierung benutzen wollen“, so Zürn und Ecker-Ehrhardt (2013, S. 11). Oder anders formuliert: Gerade die wachsende Autorität internationaler Institutionen führt zu ihrer gesellschaftlichen Politisierung, wobei Art und Ausprägung dieser Politisierung vom wahrgenommenen Legitimations- und Regelungsbedarf der jeweiligen Institutionen abhängt.

Interessierte sich die Forschung zunächst für die zivilgesellschaftliche Infragestellung von Entscheidungen internationaler Institutionen, so erweitert die neueste Politisierungsforschung die „drivers of politicization“ um aufstrebende Mächte (Zürn et al. 2012, S. 72). Kritiker wenden jedoch ein, dass sich die Souveränitätsvorstellungen der die Politisierung angeblich tragenden Akteure (Aktivistennetzwerke und aufstrebende Mächte) mit Blick auf die Entwicklung einer globalen Ordnung konträr gegenüber stehen (zusammenfassend Terhalle 2013). Überdies sei die Herangehensweise über internationale Institutionen an das Phänomen globaler Ordnung „dekontextualisiert“ (Terhalle 2013, S. 126), da nicht nur verkannt werde, dass Institutionen auf materieller Macht fußen, sondern auch offen bleibt,

[31]Dies geschieht, wie Studien zum Internationalen Strafgerichtshof zeigen, indem Prozesse der Deliberation ausgelöst werden, die im nationalen Rahmen sonst ausgeblendet werden würden (Deitelhoff 2006).

in welche internationale Ordnung aufstrebende Mächte wie Brasilien, Russland, Indien oder China hineinsozialisiert werden sollen. Für die Kritiker der Politisierungsthese liegt die Antwort in der von den USA geschaffenen liberalen Ordnung, weshalb die Machtrivalität zwischen den USA und der Volksrepublik China den eigentlichen Kern der gegenwärtigen Übergangsphase der globalen institutionalisierten Ordnung bilde. Es bleibt abzuwarten, ob die Politisierung der Weltpolitik – wie von Optimisten erhofft – sich als eine wichtige Wegmarke hin zu einer normativ gehaltvollen internationalen Ordnung erweisen wird.

5 Fazit

Hatte man zu Beginn der 1990er-Jahre noch die Hoffnung, der neue Institutionalismus könne als Theorieparadigma in den Internationalen Beziehungen identitätsstiftend wirken und damit die theoretische Zersplitterung und Krise der späten 1970er- und frühen 1980er-Jahre überwinden (Rittberger und Hummel 1990, S. 34), so machte sich relativ rasch Ernüchterung breit. Nicht nur ist die Teildisziplin der Internationalen Beziehungen generell durch einen Theorienpluralismus gekennzeichnet (Schieder und Spindler 2014), sondern selbst unter dem Label des Institutionalismus versammeln sich inzwischen eine Vielzahl an theoretischen Perspektiven und Themenfeldern. Zu beobachten ist vor allem eine Fragmentierung der institutionalistischen Perspektive, nämlich die Abkehr vom dominanten rationalen Institutionalismus hin zur Pluralität von Institutionalismen, wobei neben den vier dargestellten theoretischen Spielarten des Institutionalismus sich weitere sozialkonstruktivistisch inspirierte Perspektiven auf internationale Institutionen und Organisationen eröffnen, indem etwa internationale Organisationen innerhalb einer system- bzw. organisationssoziologischen Perspektive verortet werden (Koch 2014; Buzan und Albert 2010). Indem internationale Organisationen als offene Systeme re-konzeptionalisiert werden, wird vor allem die Einbettung internationaler Organisationen in ihre weltgesellschaftliche Umwelt in den Blick genommen. Der Produktivität innerhalb des institutionalistischen Forschungsprogramms hat die Pluralität von Institutionalismen freilich keinen Abbruch getan. So bedienen sich aktuelle Studien ganz unterschiedlicher Spielarten des Institutionalismus, um spezifische Fragestellungen der internationalen Beziehungen zu beleuchten. Dabei werden die bisherigen institutionalistischen Ansätze kritisch hinterfragt, mit anderen theoretischen Perspektiven verknüpft und systematischer als zuvor mit neuem empirischen Material getestet (u. a. Martin und Simmons 2013; Conceição-Heldt et al. 2014).

Gleichzeitig hat die Fragmentierung des Institutionalismus aber auch dazu beigetragen, dessen prägende Bedeutung für die Theoriedebatten in den Internationalen Beziehungen zu beenden, die sie vor allem im Rahmen der Kontroverse zwischen Neo-Realismus und Neo-Institutionalismus zu Beginn der 1990er-Jahre noch gehabt hatten. Dabei erweist sich der Weg des verstärkten Dialogs zwischen den Institutionalismen durchaus vielversprechend, um mehr Gewicht in der theoretischen Weiterentwicklung des Fachs der Internationalen Beziehungen zu erlangen. Erfahrungsgemäß gehen theoretische Pluralisierung und thematische Öffnung immer auch mit der

Notwendigkeit einher, Synthesen zu bilden oder Brücken zu schlagen. Formen des Brückenschlags lassen sich vor allem zwischen Sozialkonstruktivismus und Institutionalismus ausmachen. Soziologischer Institutionalismus einerseits, Sozialkonstruktivismus andererseits, haben – trotz großer Schnittflächen – erst spät zueinander gefunden (Risse 2003, S. 115–122). Das Verständnis konstitutiver und regulativer Normen, die Frage nach der Sozialisation von Akteuren in internationale Institutionen und die Bedeutung internationaler Bürokratien, die Rationalisten und Sozialkonstruktivisten bzw. soziologische Institutionalisten in den letzten Jahren gemeinsam diskutierten, haben sich dabei als fruchtbare empirische Themenfelder des gegenseitigen Austausches erweisen.[32]

Nichtsdestotrotz sind die Prämissen und Implikationen der verschiedenen Institutionalismen teils sehr unterschiedlich. So unterscheiden sich die Konzeptionen und das Verhältnis von Institutionen und Akteuren bisweilen recht deutlich in den verschiedenen Spielarten des Institutionalismus, was dazu führen kann, dass die Begriffe und die spezifische Art, wie die einzelnen Varianten des Institutionalismus mit ihnen operieren und institutionellen Wandel zu erklären versuchen, nicht ohne weiteres miteinander kompatibel sind (Hall und Taylor 1996, S. 955; Meyer et al. 2005, S. 20). Dies gilt selbst im Hinblick auf institutionelle Wandlungsprozesse auf der Theorie-Ebene, die jenseits von „übersozialisierten“ Akteuren des soziologischen Institutionalismus und „untersozialisierten“ Akteuren des rationalen Institutionalismus liegen (Wrong 1961). Während sich rationaler und historischer Institutionalismus vor allem hinsichtlich der temporalen Dimension von Institutionen unterscheiden, ansonsten aber die rationalen Handlungsgrundlagen mehr oder minder teilen, sind Vertreter des rationalen und des diskursiven Institutionalismus nur bedingt miteinander sprechfähig. Insofern wird der Institutionalismus auch künftig mit dem theoretischen Pluralismus leben müssen. Ohnehin liegt die Dynamik und Innovation des institutionalistischen Forschungsprogrammes inzwischen weniger in der Synthese unterschiedlicher theoretischer Begründung von internationalen Institutionen als vielmehr in der empirisch-systematischen Erkundung der institutionellen Fragmentierung als zentrales Strukturmerkmal heutiger Weltpolitik.

Literatur

Abbott, Kenneth W., und Duncan Snidal. 1998. Why states act through formal international organizations. *Journal of Conflict Resolution* 42(1): 3–32.

Abbott, Kenneth W., und Duncan Snidal. 2010. International regulation without international government: Improving IO performance through orchestration. *The Review of International Organizations* 5(3): 315–344.

[32]Kritisch ist jedoch anzumerken, dass die Umorientierung hin zu einem eher kollektiven und intersubjektiven Kulturverständnis, wie es im soziologischen Institutionalismus angelegt ist, in der Teildisziplin Internationale Beziehungen weitgehend vorbeigegangen ist.

Abbott, Kenneth W., Robert O. Keohane, und Andrew Moravcsik. 2000. The concept of legalization. *International Organization* 54(3): 401–419.

Abbott, Kenneth W., Jessica F. Green, und Robert O. Keohane. 2013. Organizational ecology in world politics: Institutional density and organizational strategies. Prepared for the 2013 Annual Convention of the International Studies Association 3.–6. April 2013. San Francisco.

Abbott, Kenneth W., Philipp Genschel, Duncan Snidal, und Bernhard Zangl. 2014. Orchestration: Global governance through intermediaries. In *International Organizations as Orchestrators*, Hrsg. Kenneth W. Abbott, Philipp Genschel, Duncan Snidal und Bernhard Zangl, 1–55. Cambridge: Cambridge University Press.

Adler, Emmanuel, und Peter M. Haas. 1992. Conclusion: epistemic communities, world order, and the creation of a reflective research program. *International Organization* 46(1): 367–390.

Alter, Karen J., und Sophie Meunier. 2009. The politics of international regime complexity. *Perspectives on Politics* 7(1): 13–24.

Alvarez, Jose E. 2006. International organizations: Then and now. *The American Journal of International Law* 100(2): 324–347.

Aspinwall, Mark D., und Gerald Schneider. 2000. Same menue, separate tables: The institutional turn in political science and the study of European integration. *European Journal of Political Research* 38(1): 1–36.

Autesserre, Severine. 2010. *The trouble with the Congo: Local violence and the failure of international peacebuilding*. Cambridge: Cambridge University Press.

Baldwin, David A. Hrsg. 1993. *Neorealism and neoliberalism. The contemporary debate*. New York: Columbia University Press.

Barnett, Michael. 2003. *Eyewitness to a genocide: The United Nations and Rwanda*. Ithaca: Cornell University Press.

Barnett, Michael, und Martha Finnemore. 2004. *Rules for the world: International organizations in global politics*. Ithaca: Cornell University Press.

Bell, Stephen. 2011. Do we really need a new ‚Constructivist Institutionalism'? *British Journal of Political Science* 41(4): 883–906.

Bell, Stephen. 2012. Where are the institutions? The limits of Vivien Schmidt's constructivism. *British Journal of Political Science* 42(3): 714–719.

Benner, Thorsten, Wolfgang H. Reinicke, und Jan M. Witte. 2004. Multisectoral networks in global governance: Towards a pluralistic system of accountability. *Government and Opposition* 39(2): 191–210.

Benner, Thorsten, Stephan Mergenthaler, und Philipp Rotmann. 2009. Internationale Bürokratien und Organisationslernen. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 16(2): 203–236.

Blauberger, Michael, Tilman Krüger, und Susanne K. Schmidt. 2012. Die Pfadabhängigkeit internationaler Verrechtlichung. EU und WTO im Vergleich. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 19(1): 37–63.

Blyth, Mark. 1997. Any more bright ideas? The ideational turn of comparative political economy. *Comparative Politics* 29(1): 229–250.

Blyth, Mark. 2002. *Great transformations: Economic ideas and institutional change in the twentieth century*. Cambridge: Cambridge University Press.

Boli, John, und George M. Thomas. 1997. World culture in the world polity: A century of international non-governmental organization. *American Sociological Review* 62(2): 171–190.

Börzel, Tanja A., Tobias Hofmann, Diana Panke, und Carina Sprungk. 2010. Obstinate and inefficient: Why member states do not comply with European law. *Comparative Political Studies* 43(11): 1363–1390.

Börzel, Tanja A., Tobias Hofmann, und Diana Panke. 2012. Caving in or sitting it out? Longitudinal patterns of non compliance in the European Union. *Journal of European Public Policy* 19(4): 454–471.

Bull, Hedley. 1977. *The anarchical society. A study of order in world politics*. New York: Columbia University Press.

Buzan, Barry, und Mathias Albert. 2010. Differentiation. A sociological approach to international relations theory. *European Journal of International Relations* 16(3): 315–337.

Chayes, Abram, und Antonia Chayes. 1995. *The new sovereignty. Compliance with international regulatory agreements*. Cambridge, MA: Harvard University Press.

Checkel, Jeffrey T. 1999. Social constructivism and European integration. *Journal of European Public Policy* 6(4): 545–560.

Checkel, Jeffrey. 2007. *International institutions and socialization in Europe*. Cambridge: Cambridge University Press.

Checkel, Jeffrey. 2014. International institutions and global governance: The turn to mechanisms and process. In *Process tracing. From metaphor to analytic tool*, Hrsg. Jeffrey Checkel, 1–37. Cambridge: Cambridge University Press.

Claude, Inis L. 1956. *Swords into plowshares. The problems and progress of international organization*. New York: Random House.

Conceição-Heldt, Eugénia, Martin Koch, und Andrea Liese, Hrsg. 2014. *Internationale Organisationen: Autonomie, Politisierung, interorganisationale Beziehungen und Wandel*. Baden-Baden: Nomos.

Copelovitch, Mark S. 2010. Master or servant? Common agency and the political economy of IMF lending. *International Studies Quarterly* 54(1): 49–77.

Cox, Robert W., und Harold K. Jacobson. 1973. *The anatomy of influence: Decision making in international organization*. New Haven: Yale University Press.

Crespy, Amandine, und Giulia Sandri. 2009. Eine Infizierung durch die Linke? Der Europadiskurs in Frankreich seit 2000 am Beispiel der Bolkestein-Richtlinie. In *Frankreich-Jahrbuch 2008*, Hrsg. Deutsch-Französisches Institut und Kathrin Kissau, 112–124. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Czempiel, Ernst-Otto. 1986. *Friedensstrategien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Czempiel, Ernst-Otto, und James N. Rosenau, Hrsg. 1992. *Governance without government: Order and change in world politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

Deitelhoff, Nicole. 2006. *Überzeugung in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens*. Frankfurt: Suhrkamp.

Dembinski, Matthias, und Andreas Hasenclever. 2010. *Die internationale Organisation des Demokratischen Friedens. Studien zur Leistungsfähigkeit regionaler Sicherheitsinstitutionen*. Baden-Baden: Nomos.

Diez, Thomas. 1999. *Die EU lesen: diskursive Knotenpunkte in der britischen Europadebatte*. Opladen: Leske und Budrich.

DiMaggio, Paul J., und Walter W. Powell. 1983. The iron cage revisited: Institutional isomorhism and collective rationality in organizational fields. *American Sociological Review* 48(2): 147–160.

Dingwerth, Klaus, Dieter Kerwer, und Andreas Nölke. Hrsg. 2009. *Die Organisierte Welt. Internationale Beziehungen und Organisationsforschung*. Baden-Baden: Nomos.

Douglas, Mary. 1986. *How institutions think*. London: Routledge.

Drezner, Daniel W. 2010. Afterword. Is historical institutionalism bunk? *Review of International Political Economy* 17(4): 791–804.

Farrell, Henry, und Abraham L. Newman. 2010. Making global markets: Historical institutionalism in international political economy. *Review of International Political Economy* 17(4): 609–638.

Finnemore, Martha. 1996a. *National interest in international society*. Ithaca: Cornell University Press.

Finnemore, Martha. 1996b. Norms, culture, and world politics: Insights from sociology´s institutionalism. *International Organization* 50(2): 325–347.

Finnemore, Martha, und Kathryn Sikkink. 1998. International norm dynamics and political change. *International Organization* 52(4): 887–917.

Fioretos, Orfeo. 2011. Historical institutionalism in international relations. *International Organization* 65(2): 367–399.

Fischer, Frank, und Herbert Gottweis. 2012. *The argumentative turn revisited: Public policy as communicative practice*. Durham: Duke University Press.

Føllesdal, Andreas, und Simon Hix. 2006. Why there is a democratic deficit in the EU: A response to Majone and Moravcsik. *Journal of Common Market Studies* 44(3): 533–562.

Franck, Thomas M. 1990. *The power of legitimacy among nations*. Oxford: Oxford University Press.

Frantz, Christiane, und Kerstin Martens. 2006. *Nichtregierungsorganisationen (NGOs)*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Gartzke, Eric, und Megumi Naoi. 2011. Multilateralism and democracy: A dissent regarding Keohane, Macedo, and Moravcsik. *International Organization* 65(3): 589–598.

Gehring, Thomas. 2002. *Die Europäische Union als komplexe internationale Organisation. Wie durch Kommunikation und Entscheidung soziale Ordnung entsteht*. Baden-Baden: Nomos.

Gehring, Thomas, und Benjamin Faude. 2013. The dynamics of regime complexes: Microfoundations and systemic effects. *Global Governance* 19(1): 119–130.

Gehring, Thomas, und Benjamin Faude. 2014. A theory of emerging order within institutional complexes: How competition among regulatory international institutions leads to institutional adaption and division of labor. *Review of International Organizations* 9(4): 471–498.

Geis, Anna, Frank Nullmeier, und Christopher Daase, Hrsg. 2012. *Der Aufstieg der Legitimationspolitik: Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen*, Leviathan Sonderband 27. Baden-Baden: Nomos.

Gheciu, Alexandra. 2005. Security institutions as agents of socialization? NATO and the ‚New Europe‘. *International Organization* 59(4): 973–1012.

Göhler, Gerhard. 1994. *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*. Baden-Baden: Nomos.

Grieco, Joseph M. 1988. Anarchy and the limits of cooperation: A realist critique of the newest liberal institutionalism. *International Organization* 42(3): 485–508.

Haas, Ernst B. 1968. *The uniting of Europe. Political, social, and economic forces 1950–1957*. Stanford: Stanford University Press.

Haftendorn, Helga, Robert Keohane, und Celeste Wallander, Hrsg. 1999. *Imperfect unions – Security institutions over time and space*. Oxford: Oxford University Press.

Hall, Peter A. 2010. Historical institutionalism in rationalist and sociological perspective. In *Explaining institutional change*, Hrsg. James Mahoney und Kathleen Thelen, 204–224. Cambridge: Cambridge University Press.

Hall, Peter A., und Rosemary C. R. Taylor. 1996. Political science and the three new institutionalisms. *Political Studies* 44(4): 936–957.

Hardin, Garrett. 1968. The tragedy of the commons. *Science* 162(3859): 1243–1248.

Hasenclever, Andreas. 2010. Liberale Ansätze zum demokratischen Frieden. In *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Hrsg. Siegfried Schieder und Manuela Spindler, 223–254. Opladen: UTB.

Hasenclever, Andreas, Peter Mayer, und Volker Rittberger. 1997. *Theories of international regimes*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hasenclever, Andreas, Klaus Dieter Wolf, und Michael Zürn, Hrsg. 2007. *Macht und Ohnmacht internationaler Institutionen*. Frankfurt: Campus.

Hasse, Raimund, und Georg Krücken, Hrsg. 2005. *Neo-Institutionalismus. Mit einem Vorwort von John Meyer*. 2. Aufl. Bielefeld: Transcript.

Hawkins, Darren G., David A. Lake, Daniel L. Nielson, und Michael J. Tierney, Hrsg. 2006. *Delegation and agency in international organizations*. Cambridge: Cambridge University Press.

Hay, Colin. 2004. Ideas, interests and institutions in the comparative political economy of great transformations. *Review of International Political Economy* 11(1): 204–226.

Herren, Madeleine. 2009. *Internationale Organisationen seit 1865. Eine Globalgeschichte der internationalen Ordnung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Hurd, Ian. 1999. Legitimacy and authority in international politics. *International Organization* 53(2): 379–408.

Ikenberry, John G. 2001. *After victory: Institutions, strategic restraint, and the rebuilding of order after major wars*. Princeton: Princeton University Press.

Jepperson, Ronald. 1991. Institutions, institutional effects, and institutionalism. In *The new institutionalism in organizational analysis*, Hrsg. Paul J. DiMaggio und Walter W. Powell, 143–163. Chicago: Chicago University Press.

Jepperson, Ronald, Alexander Wendt, und Peter J. Katzenstein. 1996. Norms, identity, and culture in national security. In *The culture of national security: Norms and identity in world politics*, Hrsg. Peter J. Katzenstein, 33–75. New York: Columbia University Press.

Jetschke, Anja, und Tobias Lenz. 2011. Vergleichende Regionalismusforschung und Diffusion: Eine neue Forschungsagenda. *Politische Vierteljahresschrift* 52(3): 448–474.

Jupille, Joseph, und James Caporaso. 1999. Institutionalism and the European Union: Beyond international relations and comparative politics. *Annual Review of Political Science* 2:429–444.

Jupille, Joseph, Walter Mattli, und Duncan Snidal. 2013. *Institutional choice and global commerce*. Cambridge: Cambridge University Press.

Katzenstein, Peter J., Hrsg. 1996. *The culture of national security. Norms and identity in world politics*. New York: Columbia University Press.

Keck, Otto. 1991. Der Neue Institutionalismus in der Theorie der Internationalen Beziehungen. *Politische Vierteljahresschrift* 32(4): 635–653.

Keck, Margaret, und Kathryn Sikkink. 1998. *Activists beyond borders*. Ithaca: Cornell University Press.

Kelley, Judith. 2004. International actors on the domestic scene: Membership conditionality and socialization by international institutions. *International Organization* 58(3): 425–457.

Keohane, Robert O. 1984. *After hegemony: Cooperation and discord in the world political economy*. Princeton: Princeton University Press.

Keohane, Robert O. 1988. International institutions: Two approaches. *International Studies Quarterly* 32(4): 379–396.

Keohane, Robert O. 1989. *International institutions and state power. Essays in international relations theory*. Boulder: Westview.

Keohane, Robert O. 2002. Governance in a partially globalized world. In *Governing globalization. Power, authority and global governance*, Hrsg. David Held und Anthony McGrew, 325–347. Cambridge: Polity Press.

Keohane, Robert O., und Lisa L. Martin. 1995. The Promise of institutionalist theory. *International Security* 20(1): 39–51.

Keohane, Robert O., und Lisa L. Martin. 2003. Institutional theory as a research program. In *Progress in international relations theory. Appraising the field*, Hrsg. C. Elman und M. Elman, 71–107. Cambridge: MIT Press.

Keohane, Robert O., und Julia C. Morse. 2014. Contested multilateralism. *The Review of International Organization* 9(1): 1–28.

Keohane, Robert O., und Joseph S. Nye. 1977. *Power and interdependence. World politics in transition*. Boston: Little & Brown.

Keohane, Robert O., und Joseph S. Nye. 2001. *Power and interdependence*. 3. Aufl. New York: Longman.

Keohane, Robert O., und David G. Victor. 2011. The regime complex for climate change. *Perspectives on Politics* 9(1): 7–23.

Keohane, Robert O., Stephen Macedo, und Andrew Moravcsik. 2009. Democracy-enhancing multilateralism. *International Organization* 63(1): 1–31.

Klein, Eckart, und Stefanie Schmahl. 2009. Die Internationalen und die Supranationalen Organisationen. In *Völkerrecht*, Hrsg. Wolfgang G. Vitzthum, 263–387. Berlin: De Gruyter.

Klotz, Audie. 1995. *Norms in international relations. The struggle against apartheid*. Ithaca: Cornell University Press.

Koch, Martin. 2014. Weltorganisationen. Ein (Re-)Konzeptualisierungsvorschlag für internationale Organisationen. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 21(1): 5–38.

Koremenos, Barbara, Charles Lipson, und Duncan Snidal. 2001. The rational design of international institutions. *International Organization* 55(4): 761–799.

Krasner, Stephen D. Hrsg. 1983. *International regimes*. Ithaca: Cornell University Press.

Kratochwil, Friedrich V. 1989. *Rules, norms, and decisions*. Cambridge: Cambridge University Press.

Kratochwil, Friedrich V., und John G. Ruggie. 1986. International organization: A state of the art or an art of the state. *International Organization* 40(4): 753–775.

Kulawik, Teresa. 2009. Staking the frame of a feminist discursive institutionalism. *Politics & Gender* 5(2): 262–271.

Leibfried, Stephan, und Paul Pierson, Hrsg. 1998. *Standort Europa. Sozialpolitik zwischen Nationalstaaten und europäischer Integration*. Frankfurt: Suhrkamp.

Liese, Andrea. 2006. *Staaten am Pranger. Zur Wirkung internationaler Regime auf die innerstaatliche Menschenrechtspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Mahoney, James, und Kathleen Thelen. 2009. *Explaining institutional change: Ambiguity, agency, and power*. Cambridge: Cambridge University Press.

Majone, Giandomenico. 1998. Europe's ‚Democratic Deficit': The question of standards. *European Law Journal* 4(1): 5–28.

March, James G., und Johan P. Olsen. 1989. *Rediscovering institutions: The organizational basis of politics*. New York: Free Press.

March, James G., und Johan P. Olsen. 1998. The institutional dynamics of international political order. *International Organization* 52(4): 943–969.

Martin, Lisa. 1992. Interests, power, and multilateralism. *International Organization* 46(4): 765–792.

Martin, Lisa B., und Beth A. Simmons. 2013. International organizations and institutions. In *Handbook of international relations*, Hrsg. Walter Carlsnaes, Thomas Risse und Beth A. Simmons, 326–351. Los Angeles: Sage.

Mearsheimer, John J. 1995. The false promise of international institutions. *International Security* 19(3): 5–49.

Meyer, John W. 2005. *Weltkultur: Wie die westlichen Prinzipien die Welt durchdringen*. Frankfurt: Suhrkamp.

Meyer, John W., John Boli, und George M. Thomas. 2005. Ontologie und Rationalisierung im Zurechnungssystem der westlichen Kultur. In *Weltkultur*, Hrsg. John W. Meyer, 17–46. Frankfurt: Suhrkamp.

Mitrany, David. 1943. *A working peace system. An argument for the functional development for international organization*. London: Royal Institute of International Affairs.

Moe, Terry. 2005. Power and political institutions. *Perspectives on Politics* 3(2): 215–234.

Moravcsik, Andrew. 1998. *The choice for Europe. Social purpose and state power from Messina to Maastricht*. Ithaca: Cornell University Press.

Moravcsik, Andrew. 2002. In defence of the democratic deficit: Reassessing legitimacy in the European Union. *Journal of Common Market Studies* 40(4): 603–624.

Moravcsik, Andrew. 2004. Is there a ‚Democratic Deficit' in world politics? A framework for analysis. *Government and Opposition* 39(2): 336–363.

Moravcsik, Andrew. 2006. What can we learn from the collapse of the European constitutional project? *Politische Vierteljahresschrift* 47(2): 219–241.

Morisse-Schilbach, Melanie, und Jost Halfmann. 2012. *Wissen, Wissenschaft und Global Commons. Forschung zu Wissenschaft und Politik jenseits des Staates am Beispiel von Regulierung und Konstruktion globaler Gemeinschaftsgüter*. Baden-Baden: Nomos.

Müller, Harald. 1993. *Die Chance der Kooperation: Regime in den internationalen Beziehungen*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Onuf, Nicholas. 2002. Institutions, intentions and international relations. *Review of International Studies* 28(2): 211–228.

Ostrom, Elinor. 1990. *Governing the commons: The evolution of institutions for collective action*. Cambridge: Cambridge University Press.
Panizza, Francisco, und Romina Miorelli. 2013. Taking discourse seriously: Discursive institutionalism and post-structuralist discourse theory. *Political Studies* 61(2): 301–318.
Pevehouse, Jon, und Bruce Russett. 2006. Democratic international governmental organizations promote peace. *International Organization* 60(4): 969–1000.
Pfister, Patrick. 2012. *Regimekomplexe. Neue Kooperationsformen zur Regulierung globaler Risiken*. Frankfurt: Campus Verlag.
Pierson, Paul. 1994. *Dismantling the welfare state? Reagan, Thatcher, and the politics of retrenchment*. Cambridge: Cambridge University Press.
Pierson, Paul. 1996. The path to European integration: A historical institutionalist analysis. *Comparative Political Studies* 29(2): 123–163.
Pierson, Paul. 2000. Increasing returns, path dependence, and the study of politics. *American Political Science Review* 94(2): 251–267.
Pollack, Mark A. 2003. *The engines of European integration: Delegation, agency and agenda setting in the EU*. Oxford: Oxford University Press.
Raudla, Ringa, und Rainer Kattel. 2001. Why did Estonia choose fiscal retrenchment after the 2008 crisis? *Journal of Public Policy* 31(2): 163–186.
Raustiala, Kal, und David G. Victor. 2004. The regime complex for plant genetic resources. *International Organization* 58(2): 277–309.
Reinalda, Bob. 2009. *Routledge history of international organizations. From 1815 to the present day*. London: Routledge.
Reus-Smit, Christian. 1999. *The moral purpose of the state*. Princeton: Princeton University Press.
Risse, Thomas. 2002. Constructivism and international institutions. Toward conversations across paradigms. In *Political science: The state of the discipline*, Hrsg. Ira Katznelson und Helen V. Milner, 597–623. New York: Norton.
Risse, Thomas. 2003. Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde. In *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Hrsg. Gunther Hellmann, Klaus-Dieter Wolf und Michael Zürn, 99–132. Baden-Baden: Nomos.
Risse, Thomas, Stephen C. Ropp, und Kathryn Sikkink. 1999. *The power of human rights: International norms and domestic change*. Cambridge: Cambridge University Press.
Rittberger, Volker, und Hartwig Hummel. 1990. Die Disziplin Internationale Beziehungen im deutschsprachigen Raum auf der Suche nach ihrer Identität: Entwicklungen und Perspektiven. In *Theorien der Internationalen Beziehungen: Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven*, Hrsg. Volker Rittberger, 17–47. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Rittberger, Volker, Bernhard Zangl, und Andreas Kruck. 2013. *Internationale Organisationen. Politik und Geschichte*. Wiesbaden: Springer VS.
Ruggie, John G. 1982. International regimes, transactions, and change: Embedded libera1ism in the postwar economic order. *International Organization* 36(2): 379–415.
Scharpf, Fritz W. 1999. *Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch?* Frankfurt: Campus.
Schieder, Siegfried. 2013. Internationale Organisationen. In *Studienbuch Politikwissenschaft*, Hrsg. Manfred G. Schmidt, Frieder Wolf und Stefan Wurster, 439–465. Wiesbaden: Springer VS.
Schieder, Siegfried, und Manuela Spindler, Hrsg. 2014. *Theories of international relations*. London: Routledge.
Schimmelfennig, Frank. 2003. *The EU, NATO, and the integration of Europe: Rules and rhetoric*. Cambridge: Cambridge University Press.
Schmidt, Vivien A. 2003. The boundaries of ‚Bounded Generalizations‘: Discourse as the missing factor in actor-centered institutionalism. In *Die Reformierbarkeit der Demokratie: Innovationen und Blockaden*, Hrsg. Renate Mayntz und Wolfgang Streeck, 318–350. Frankfurt: Campus.
Schmidt, Vivien A. 2006. *Democracy in Europe: The EU and national polities*. Oxford: Oxford University Press.

Schmidt, Vivien A. 2008. Discursive institutionalism: The explanatory power of ideas and discourse. *Annual Review of Political Science* 11:303–326.

Schmidt, Vivien A. 2011a. Reconciling ideas and institutions through discursive institutionalism. In *Ideas and politics in social science research*, Hrsg. Daniel Béland und Robert H. Cox, 47–64. Oxford: Oxford University Press.

Schmidt, Vivien A. 2011b. Discursive institutionalism. In *International encyclopedia of political science*, Bd. 3, Hrsg. Bertrand Badie, Dirk Berg-Schlosser und Leonardo Morlino, 684–687. Los Angeles: Sage.

Schmidt, Vivien A. 2012. Curious constructivism: A response to Professor Bell. *British Journal of Political Science* 42(3): 705–713.

Schmidt, Vivien A. 2013. Speaking to the markets or to the people? A discursive institutionalist analysis of the EU's sovereign debt crisis. *British Journal of Politics and International Relations* 16(1): 188–209.

Schmidt, Vivien A., und Claudio M. Radaelli. 2004. Policy change and discourse in Europe: Conceptual and methodological issues. *West European Politics* 27(2): 183–210.

Sindal, Duncan. 1985. The limits of hegemonic stability theory. *International Organization* 39(4): 579–614.

Slaughter, Anne-Marie. 2004. *A new world order*. Princeton: Princeton University Press.

Sprinz, Detlef. 2003. Internationale Regime und Institutionen. In *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Hrsg. Gunther Hellmann, Klaus-Dieter Wolf und Michel Zürn, 251–274. Baden-Baden: Nomos.

Terhalle, Maximilian. 2013. Kritische Anmerkungen zur Politisierung internationaler Institutionen. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 20(2): 119–139.

Thelen, Kathlen, und Sven Steinmo. 1992. Historical institutionalism in conparative politics. In *Structuring politics. Historical institutionalism in comparative analysis*, Hrsg. Sven Steinmo, Kathleen Thelen und Frank Longstreth, 1–32. Cambridge: Cambridge University Press.

Ulbert, Cornelia. 1997. Ideen, Institutionen und Kultur. Die Konstruktion (inter-)nationaler Klimapolitik in der BRD und in den USA. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4(1): 9–40.

Urpelainen, Johannes, und Thijs van de Graaf. 2014. Your place or mine? Institutional capture and the creation of overlapping international institutions. *British Journal of Political Science*. Online First.

Vachudova, Milada A. 2007. Historical institutionalism and the EU's eastern enlargement. In *Making history: European integration and institutional change at fifty. The state of the European Union*, Bd. 8, Hrsg. Kathleen McNamara und Sophie Meunier, 105–122. Oxford: Oxford University Press.

Voeten, Eric. 2007. Why no UN security council reform? Lessons for and from institutionalist theory. In *Multilateralism and security institutions in the era of globalization*, Hrsg. Dimitris Bourantonis, 288–305. London: Routledge.

Von Bogdandy, Armin, und Ingo Venzke. 2014. *In wessen Namen? Internationale Gerichte in Zeiten globalen Regierens*. Berlin: Suhrkamp.

Wallace, Michael, und David J. Singer. 1970. Intergovernmental organization in the global system, 1815–1964: A quantitative description. *International Organization* 24(2): 239–287.

Wallander, Celeste A. 2000. Institutional assets and adaptability: NATO after the cold war. *International Organization* 54(4): 705–735.

Waltz, Kenneth N. 1979. *Theory of international politics*. Reading: Addison Wesley.

Weaver, Catherine. 2008. *Hypocrisy trap: The World Bank and the poverty of reform*. Princeton: Princeton University Press.

Wiener, Antje. 2014. *A theory of contestation*. Heidelberg: Springer.

Wiener, Antje, Anthony Lang Jr., James Tully, Miguel Poiares Maduro, und Matthias Kumm. 2012. Global constitutionalism: Human rights, democracy and the rule of law. *Global Constitutionalism* 1(1): 1–15.

Wrong, Dennis. 1961. The oversocialized conception of man in modern sociology. *American Sociological Review* 26(2): 183–193.

Zangl, Bernhard. 2001. Bringing courts back in: Normdurchsetzung im GATT, in der WTO und der EG. *Swiss Political Science Review* 7(2): 49–80.

Zangl, Bernhard. 2008. Judicialization matters! A comparison of dispute settlement under GATT and the WTO. *International Studies Quarterly* 52(4): 825–854.

Zangl, Bernhard, und Michel Zürn. 2003. *Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation*. Frankfurt: Suhrkamp.

Zürn, Michael. 1992. *Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Zürn, Michael. 1998. *Regieren jenseits des Nationalstaates*. Frankfurt: Suhrkamp.

Zürn, Michael. 2012. Globalization and global governance. In *Handbook of international relations*, Hrsg. Walter Carlsnaes, Thomas Risse, und Beth A. Simmons, 401–425. London: Sage.

Zürn, Michael, und Matthias Ecker-Ehrhardt. 2013. Politisierung als Konzept der Internationalen Beziehungen. In *Die Politisierung der Weltpolitik: Umkämpfte Internationale Institutionen*, Hrsg. Michael Zürn und Matthias Ecker-Ehrhardt, 7–35. Berlin: Suhrkamp.

Zürn, Michael, Martin Binder, und Matthias Ecker-Ehrhardt. 2012. International authority and its politicization. *International Theory* 4(1): 69–106.